

Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6 Mal und ist durch die Expedition, Neue Waupenstr. 5/6, und durch Solboreure zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 2.50, pro Woche 20 Pf. Durch die Post bezogen M. 2.50, frei ins Haus M. 2.92, wo keine Post am Orte, M. 3.34.

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Inserionsgebühren beträgt für die einblättrige Colonne ober deren Raum 25 Pfennige, für Werbestand, Vereins- und Besondere Anzeigen 15 Pfennige, Anzeigen für den 1. April 25 Pfennige. Interate für die nächste Nummer müssen bis Donnerstag 9 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

Telephon Redaktion 3141.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon Expedition 1206.

Nr. 159.

Breslau, Dienstag, den 11. Juli 1911

22. Jahrgang.

Die Löhne der Eisenbahnarbeiter.

Aufl vor dem Bekanntwerden der miserablen Lohnverhältnisse, unter denen die Arbeiter der Staatsbahnen arbeiten müssen, ist es, wenn die preussische Regierung erklärt, es beständen „Bedenken“, einem Antrage des Abgeordnetenhauses stattzugeben. Am 15. Juni 1910 beschloß das preussische Dreiklassenparlament:

„Die königliche Staatsregierung zu ersuchen, im Bericht über die Ergebnisse des Betriebes der Staatsbahnen die statistischen Nachweise über die Höhe der Löhne der Arbeiter dahin zu erweitern, daß aus denselben ersichtlich sind die in den Eisenbahndirektionsbezirken verdienten reellen Arbeitslöhne (mit Ausschluß der Besoldungen usw.) 1. für Solonnenführer, 2. für eigenliche Handwerker, 3. für handwerksmäßig ausgebildete Arbeiter, 4. für Hilfsarbeiter in Werkstätten, 5. für Betriebsarbeiter, 6. für Güterbodenarbeiter und 7. für Bahnunterhaltungsarbeiter.“

Anstatt die Gelegenheit beim Schopfe zu ergreifen, ihre vielgepriesene Arbeiterfreundlichkeit auch dem ärgsten „Nörgler“ zahlenmäßig und im einzelnen vorzubemerklichen, verschauzt sie sich hinter folgende „Bedenken“:

„Die Angemessenheit der Arbeitslöhne läßt sich nur unter Berücksichtigung des wirklichen Lohnniveaus des einzelnen Arbeiters mit seiner Tätigkeit und den allgemeinen Lohnverhältnissen am Orte seiner Beschäftigung prüfen. Durchschnittslöhne für größere Bezirke lassen einen Rückschluß auf die Angemessenheit der Löhne im einzelnen nicht zu, zumal wenn die Bezirke in sich so ungleichartig sind, wie es bei einem großen Teile der Direktionsbezirke der Fall ist. Die im Betriebsberichts bislang veröffentlichte Lohnstatistik soll auch nur einen Ueberblick über die allmähliche Entwicklung der Löhne im ganzen gewähren. Derartige statistische Angaben verlieren an Zuverlässigkeit, je mehr sie in die Einzelheiten zerlegt werden. Auch die gewünschten Angaben über die Durchschnittslöhne in den Direktionsbezirken sind infolge des geringeren statistischen Zahlenmaterials größeren zufälligen Schwankungen unterworfen und daher unter Umständen geradezu irreführend. Eine andere Masseneinstellung würde den Zusammenhang mit der Vergangenheit beseitigen, die Zuverlässigkeit des statistischen Materials aber beeinträchtigen. Die Auskultation der den Arbeitern gewährten Besoldungen aus der Statistik würde eine erhebliche Mehrarbeit verursachen, das Ergebnis aber höchstens in der zweiten Dezimale beeinflussen.“

Wären die geltend gemachten „Bedenken“ nicht so bedauerlich gewesen, man wäre versucht, sie herzlich dumm zu nennen. Denn klarer, als es durch diese „Bedenken“ geschieht, konnte die Regierung nicht verraten, daß die Löhne der einzelnen Arbeiter das Licht der Öffentlichkeit zu scheuen haben, daß ihr Bekanntwerden den Nimbus der Arbeiterfreundlichkeit zerstören würde, den sie nicht zuletzt sich selbst um Haupt gewoben hat. Aus diesem Grunde will sie auch verhindern, daß irgend jemand in die Lage kommt, zu prüfen, ob die Löhne den heutigen wirtschaftlichen Verhältnissen angemessen sind. Die Staatsräson erfordert es, daß die Löhne der einzelnen Staatsarbeiter Staatsgeheimnis bleiben.

Die Regierung weiß, was sie tut, wenn sie sich weigert, das sorgsam gehütete Geheimnis profanen Blicken preiszugeben. Ja, wenn die Landstube noch sozialistischer wäre! Aber heute? Nimmermehr! Heute muß es genügen, wenn die Berichte „einen Ueberblick über die allmähliche Entwicklung der Löhne im ganzen gewähren“. Die Entwicklung der Löhne ist in der Tat eine recht allmähliche. Dem „Bericht über die Ergebnisse des Betriebes der vereinigten preussischen und hessischen Staatsbahnen im Rechnungsjahr 1909“ zufolge, haben es die Hilfskräfte im unteren Bahnwachungs- und Bahnunterhaltungsdienst, die Schrankenwärter und Schreibgehilfen für Bahnmeister im Jahre 1909 glücklich im Gesamtdurchschnitt auf 2,52 Mark gebracht, zwei Reichspfennige mehr als im Jahre vorher. Die Hilfskräfte im Lokomotiv-, Maschinen- und Wagenmeisterdienst errastten 2,99 Mk., die Hilfskassierer und Hilfswagenwärter 2,73 Mk., also je zwei Pfennige mehr als im Jahre zuvor. Die 91 434 Bahnunterhaltungsarbeiter mit Einschluß der Hilfskassierer und der Arbeiter der Oberbau- und Baumaterialienmagazine, der Kiesgewinnungsarbeiter, der Telegraphenunterhaltungsarbeiter und der Arbeiter bei den Schwellentränkungsanstalten erhielten schon vier Pfennige mehr und brachten es auf 2,75 Mk. für den Tag. Die höchste Steigerung des Lohnes hatten die Hilfskräfte im inneren Dienst, sowie nichttechnische Bureaugehilfen usw. zu verzeichnen, nämlich zehn Pfennig für den Tag, während die handwerksmäßig ausgebildeten Werkstättenarbeiter leer ausgingen. Im Gesamtdurchschnitt sämtlicher Klassen von „Bediensteten“ (469.970) stieg der Lohn für ein Tagewert um fünf Pfennige auf 3,29 Mark für den Tag.

Blutige Wahrheit war es, als im November vorigen Jahres in einer Staatsarbeiter-Versammlung in Magdeburg ein Redner ausrief: „Weniger gelbe Ändpe, aber mehr Lohn müsse die Parole sein.“ Wo bleibt denn angesichts solcher Bezüge das „volle Verständnis“ der Eisenbahnverwaltung für die Lage der Angestellten, und ihr „Bemühen“, diese Lage zu „verbessern“? Ist diese unzulängliche Bezahlung der Erfolg der „bunten Aufmerksamkeit“, die nach der Verstärkung des Eisenbahnministeriums die Eisenbahnverwaltung der Lohnfrage schenkt? Summe Frage! Hat nicht der Minister, als er von dem Bemühen,

die Lage zu bessern, sprach, einschränkend zugefügt, „so weit es möglich ist“. Mehr war eben nicht möglich, trotz des Mehrüberschusses von 145 Millionen und des Reinerüberschusses von 183,5 Millionen Mark. Deshalb mußten auch die mehr als zweihunderttausend Handwerker und Arbeiter im Betriebe der Staatsbahnen mit einer „Entwöhnung der Löhne“ für sich nehmen, die in ihrer Gesamtheit bei weitem nicht an die Erhöhung der Zivilliste herankommt.

Doch ein Trost ist den emsigen Staatsdienern geblieben: „Um die treuen Dienste der Arbeiter“, so heißt es in dem Bericht, „die bereits viele Jahre hindurch bei der Verwaltung beschäftigt werden, noch mehr als bisher anzuerkennen, sind mit Wirkung vom 13. März 1910 die Beschlüsse unter Verbeibehaltung des für eine zwanzigjährige Beschäftigung vorgesehenen Betrages wie folgt erhöht worden“. Und dann wird der Segen aufgezehrt; für 25-, 30-, 35- und 40-jährige Beschäftigung wird jetzt je 20 Mark mehr an Belohnung gezahlt, also 50, 60, 80 und 100 Mark; und für 45-jährige anstatt 100 Mk. 200 Mk., und für 50-jährige anstatt 150 Mk. 300 Mk. Welch die Regierung wirklich nicht, daß der Sinn der Staatsarbeiter nicht auf Belohnung, sondern auf bessere Bezahlung gerichtet ist? Ferner auf Anerkennung ihrer staatsbürgerlichen Rechte? Und daß sie nichts so empört, als wenn die Verwaltung ihre Nase in Dinge hineinsteckt, die ausschließlich Privatsache der Arbeiter sind?

Nicht nur die Lohnverhältnisse lassen in den Betrieben der Staatsbahnen zu wünschen übrig, auch die Dauer der Arbeit. 54.504 „Bedienstete“ mußten, nach Abzug der planmäßigen Dienstpausen von mindestens ½ Stunde, täglich über 10—11 Stunden, 22.804 über 11—12 Stunden, 2249 über 12—13 Stunden, 389 über 13—14 Stunden und 56 über 14—15 Stunden sich abradern. Da wird es begreiflich, wenn von den 270.750 gegen Krankheit versicherten „Bediensteten“ 95.593 erkrankten.

Hätte die Eisenbahnverwaltung wirklich „volles Verständnis“ für die Lage der Angestellten, und würde sie dementsprechend handeln, fürwahr, es stände besser um die Paria der Junkerregierung und diese würde keine Veranlassung haben, „Bedenken“ zu tragen, daß die Bedenkenlichkeit der Zustände in den staatlichen Musterbetrieben zur Kenntnis der Öffentlichkeit gelange.

Die Alltagsarbeit der deutschen Großbanken.

Die Macht des Finanzkapitals wächst fortgesetzt, sie bringt bis in die entlegensten Poren des Wirtschaftskörpers ein. Zumeist beachtet die Allgemeinheit die tägliche Arbeit der großen Finanzinstitute nicht, nur wenn besonders rigorose und auffällig umfassende Transaktionen vor sich gehen, wird die Presse aufmerksam. Es ist deswegen nur wieder einmal daran erinnert, daß allein die Deutsche Bank im vergangenen Jahre einen über Hundertmilliardenumsatz gehabt hat.

Der Einfluß des Finanzkapitals auf die Industrie und den Handel, ja den ganzen Geldmarkt, kann recht gut erkannt werden, wenn einmal für eine wenn auch kurze Spanne Zeit die regelmäßige Tätigkeit dieser modernen Geldmammuthen registriert wird.

Wir stellen hier die Tätigkeit einiger der größten deutschen Banken, wie sie sich im Monat April 1911 in der Industrie und auf dem Geldmarkte bemerkbar gemacht hat, durch kurze Mitteilung des Sachverhalts jeder dieser „Arbeiten“ einmal zusammen.

Beginnen wir mit der Deutschen Bank, dem größten Institut.

Ihr Direktor Klönne tritt während der Berichtszeit in den Aufsichtsrat der Westfälischen Drahtindustrie-A.G. ein, des Weiteren in den der Rütgerswerke, A.-G., Berlin. Der Direktor Kaufmann wird Aufsichtsrat in der Konstantinopeler Trambahn-A.-G., Direktor Helfferich wird es in der Berliner Hochbahn-Gesellschaft. Jedes dieser neuen Aufsichtsratsmandate bedeutet natürlich eine Verstärkung des Einflusses der Bank auf die betreffenden Institute. Es sollen sicherem Vernehmen nach rund 300 bis 400 industrielle Unternehmen sein, die auf diese Art dem Konzern der Deutschen Bank unterstehen, zum mindesten in seine Interessensphäre gehören.

Die Deutsche Bank bewilligte weiter — alles nur im April! — der türkischen Regierung eine Stundung auf die von ihr verauslagten 17 Millionen Mark, die für den Ankauf zweier deutscher Kriegsschiffe durch die Türkei verwendet wurden. Die Deutsche Bank wendet die bekannte Berliner Meierei G. Wölle in eine Aktiengesellschaft um, in das neue Vier-Millionen-Unternehmen kommt ihr Direktor Schröder als Aufsichtsratsmitglied.

Mit ihren überseeischen Goldgruben, die in der Goera u. Co.-Gesellschaft vereinigt sind, hat sie 1910 offiziell keine Geschäfte gemacht, sie teilt deswegen mit, daß eine Dividende diesmal nicht ausgezahlt wird.

Das Aktien-, Obligationen- und Anleihegeschäft, das sich in Neuemissionen, Zulassungsanträgen zur Berliner Börse und Zeichnungsaufforderungen ausdrückt, blühte im

April nur „normal“. Es wurde die Zulassung zum Börsenhandel erwirkt für 118,70 Millionen Kronen Aproz. österreichische Rente, 9,82 Millionen Mark Aproz. Schöneberger Stadtanleihe, 10 Millionen Mark Aproz. Mühlfelder Stadtanleihe. Dazu kamen die von der Deutschen Bank durchgeführte Neuemissionen von 5 Millionen Mark Aktien des Essener Bankvereins, 4 Millionen Mark Aktien der Königsberger Vereinsbank und 6 Millionen Mark Aktien der Norddeutschen Kreditbank.

Das Börseneinführungsgeschäft für 3 Millionen Mark Obligationen des Hohenfentwerks Lübeck, und für 2 Millionen Mark Aktien der Hannoverischen Waggonfabrik A.-G., klappte noch nicht, die Kontrollbehörde war mit den Auskünften über diese Unternehmungen noch nicht zufrieden.

So sieht die normale Arbeit einer Großbank für einen Monat aus!

Bei der Dresdener Bank kann sie als durchaus gleichartig ebenfalls registriert werden. Dort erhielten verschiedene Direktoren neue Aufsichtsratsposten im Schaffhausen'schen Bankverein, der Berlinischen Bodengesellschaft, Deutschen Kautschukwerke A.-G.

Unter Mitwirkung der Dresdener Bank wird die Maschinenfabrik und Eisengießerei Hellwigstadt u. Co. in eine Aktiengesellschaft umgewandelt. Die 1,25 Millionen Mark so geschaffenes Aktienkapital bedeuten für die Dresdener Bank natürlich auch ein Geschäft. Aktien der Meißner u. Co. A.-G., und der Kaffeler Federfabrik A.-G. werden ebenfalls übernommen, die Börsenzulassung wird für sechs Millionen Mark Münchener Stadtanleihe erwirkt.

Als drittes der großen Finanzunternehmen sei noch der Schaffhausen'sche Bankverein in seiner Tätigkeit pro Monat April etwas genauer betrachtet. Aufsichtsratsmitglied er fand er in der Berichtszeit in die Ludwig Lohme A.-G., die Dürener Metall-A.-G., Deutsche Eisenbahn-Gesellschaft und die Glas- und Spiegelmanufaktur Schalle A.-G.

Aktienübernahme erfolgte in folgenden Beträgen: 1,2 Millionen Mark für das Fassonisenwerk Mannsberg A.-G., 1 Million Mark der Dürener Metall-A.-G. — wo er auch ein Aufsichtsratsmitglied ist —; im Konsortium wird an Aktien übernommen 4,53 Millionen Mark der Deutzer Gasmotorenfabrik A.-G., 10 Millionen Mark 4½ prozentige Anleihe der beschäftigten Bergwerks-Gesellschaft Erler, welche unter anderem die Grube Rabbob besitzt, des Weiteren 5 Millionen Mark 5 prozentige Kaiserhof-Anleihe. Das Erwerben der Zulassung zum Börsengeschäft war auch recht einträglich, es kamen in Betracht 3 Millionen Mark Aktien der Vereinigten Stahlwerke von der Thyssen und 7 Millionen Mark Aktien und 12,48 Millionen Mark Obligationen der Deutsch-Südamerikanischen Telegraphen-Gesellschaft.

So sah die große Finanzierungsstätigkeit von drei deutschen Banken in einem Monat aus! Ihre sonstige Geschäftspraxis ist dabei noch nicht mit berücksichtigt, soll doch nur gezeigt werden, wie stark der Einfluß der Großbanken im besonderen auf die Industrie ist. Alle diese obengenannten Werke sind mit ihrem Geldbedarf von den Finanzinstituten abhängig, diese sitzen in ihren Aufsichtsräten und bestimmen dort auch zumeist, nach welchen Richtlinien das Einzelunternehmen zu betreiben ist; von ihnen hängt das Schicksal dieser ganzen Reihe von großindustriellen Werken in Wirklichkeit ab.

Das ist die technisch-ökonomische Entwicklung zum Riesennbetrieb, zum Monopollbetrieb und zum Sozialismus, wie es Genosse Dunder erst in seinen Vorträgen wieder dargestellt hat.

Politische Uebersicht.

Zur Marokko-Affäre.

Die „Kölnische Zeitung“ veröffentlicht eine ihr aus Tanger zugegangene Nachricht, die lautet:

„Sämtliche hier anwesigen einflußreichen Leute aus dem Sud haben an den hiesigen deutschen Konsuln einen Brief geschrieben, worin sie ihr Einverständnis und ihre Genehmigung darüber erklären, wenn Deutschland das Sud unter seinen Schutz stellen sollte.“

Fast gleichzeitig veröffentlicht auch die „Zagl. Rundschau“ zwei angebliche Briefe eines einflußreichen Marokkaners, die auf den gleichen Ton gestimmt sind. Die Echtheit der Briefe ist natürlich nicht zu kontrollieren, daß solche Briefe geschrieben worden, mag sogar richtig sein. Es fragt sich bloß, wer diese Briefe bestellt hat und was dieser neueste Trick den Marokko-Interessenten gekostet haben mag. Wenn die angeblich so sehr nach deutscher Herrschaft sich sehnenenden Marokkaner eine Ahnung davon hätten, wie mit den Hereros umgesprungen wurde, sie würden diese Schnur nicht gewiß sofort fallen lassen.

Ein anderes Mitglied zieht die „Post“. Sie läßt sich von einem „militärischen Fachmann“ schreiben, daß man in militärischen Kreisen der schwarzen Armee Frankreichs eine nicht unerhebliche Bedeutung beizieht:

„Frankreich könne im Laufe eines Jahrzehnts eine Armee von 90 000 Mann und 400 000 Kräften auf die Beine bringen, wenn es will und wenn wir es ihm in unserer ungläublichen Blindheit gestatten. Ist aber Marokko wirklich selbstständig, oder haben wir in Marokko festen Fuß gefaßt, ist Frankreich nicht imstande, im Kriegsfall seine schwarzen

Vermeintlich an den Rhein zu führen. Daher ist es die bloße Pflicht der Selbsthaltung, wenn wir mit allen Mitteln verhindern, daß Frankreich Herr in Marokko wird."

Demgegenüber sei doch betont, daß maßgebende Personen der Heeresverwaltung bei einer bestimmten, hier nicht näher zu erörternden Gelegenheit sich über den Wert der farbigen Truppen im Falle eines europäischen Krieges recht abfällig geäußert haben.

Die „Post“ hatte bei einer Anzahl Reichstagsabgeordneter eine Rundfrage über ihre Stellungnahme zur Entsendung des Kreuzers „Berlin“ nach Agadir veranstaltet. Man muß es der „Post“ lassen, daß sie in der Auswahl der Befragten so vorsichtig war, daß sich die Antworten eigentlich hätten ganz von selbst ergeben müssen. Der Reichsverbandler von Liebert findet natürlich, daß das westliche atlantische Marokko als deutsche Interessensphäre betrachtet werden müsse. In das übrige müssen sich Franzosen und Spanier teilen. Der nationalliberale Abg. Eberling ist so vorsichtig, sich auf die Erklärung zu beschränken, daß man in dem Vorgehen der Regierung nur einen Akt der Pflichterfüllung seitens der Reichsregierung sehen könne. Der fortschrittliche Abg. Pecher begrüßt in der Entsendung des „Panther“ eine Tat, die aus Gründen nationaler Selbstachtung notwendig war. Der Abg. Müller-Meinungen, der sich bei jeder Gelegenheit möglichst ausbrüchlich bemerkbar macht, gibt der Ansicht Ausdruck, daß die Regierung bei ihrem Vorgehen sämtliche bürokratische Parteien des Reichstages hinter sich habe. In der gleichen Richtung bewegt sich die Antwort des demokratischen Kolonialabgeordneten Siorz, der noch hinzuzufügen, daß die deutsche Diplomatie nicht mehr ernst genommen werden könne, wenn sie sich weiter zurückzieht. Natürlich darf in diesem Konzern auch der Abg. Eichhoff nicht fehlen, der vor allen Dingen das Vorgehen berechtigt hält, weil es sich um die Interessen der Gebrüder Mannesmann handelt. Die Antworten der antisemitischen Abgeordneten Herzog und Hindenburg kann man ruhig übergehen, denn was Politiker dieses Schlages und von dieser „hohen Bedeutung“ in solchen Fragen zu erklären wissen, kann der Öffentlichkeit höchst gleichgültig sein.

Eine Friedensstundegebung.

Das marokkanische Abenteuer findet das deutsche wie das französische Proletariat in gleicher Weise auf der Wacht. Wie die deutsche, so weist die französische Arbeiterklasse mit Abheben den Gedanken von sich, daß wegen kapitalistischer Bereicherungssinteressen die großen Kulturkationen in kriegerische Abenteuer verwickelt werden könnten. Aus Paris meldet dem „Vorwärts“ ein Privattelegramm:

Die „Humanité“ veröffentlicht eine Resolution der Verwaltungskommission der geeinigten Partei. Die Kommission erklärt, daß die französische Sektion der Internationalen bereit sei, gemäß den Beschlüssen des Internationalen Sozialistischen Kongresses sich nötigenfalls mit allen Mitteln dem Ausbruch eines brudermörderischen Krieges zu widersetzen.

Die Kommission wird an den am Sonntag zusammen tretenden Generalkonvent der Partei die Aufforderung richten, die Erklärung abzugeben, daß Marokko nicht die Knochen eines einzigen französischen Arbeiters wert ist. Sie wird den Generalkonvent auffordern, eine energische Aktion der gesamten Partei zu beschließen, um die Regierung zu jenen Maßnahmen zu zwingen, die die Sicherung des Friedens verbürgen.

Die Initiative unserer französischen Bruderpartei wird von der deutschen Sozialdemokratie mit den Gefühlen wärmster Sympathie und freudiger Genugtuung aufgenommen. Sind doch diese Beschlüsse getragen von dem Bewußtsein der innigen Gemeinschaft, die uns in unverbrüchlicher Solidarität mit unseren französischen Kampfgenoßen verbindet. Unsere Freunde können dessen gewiß sein, daß die deutsche Arbeiterklasse denkt wie sie: Marokko ist nicht die Knochen eines einzigen französischen, nicht die Knochen eines einzigen deutschen Arbeiters wert.

Die diplomatischen Verhandlungen.

Im französischen Ministerrat wurden die Richtlinien für die Verhandlungen mit Deutschland festgelegt. Offiziell

sind sie nicht verläubar worden. Ueber ihren Inhalt verlautet folgendes:

Frankreich lehnt eine Teilung Marokkos, die Deutschland auch nicht verlangt hat, durchaus ab, da eine solche sowohl den Verträgen mit Muley Hafid widersprechen, als auch den nordafrikanischen Interessen Frankreichs sowohl als denen Englands zuwiderlaufen würde. Frankreich vertritt den Standpunkt, daß sich seit Monaten in Marokko nichts geändert hat, daher das plötzliche Eingreifen Deutschlands unerklärlich und ungerechtfertigt ist. Es beharrt auch ferner auf dem Standpunkt des Algeriasvertrages. Den Zug nach Fes habe es auf Aufforderung des Sultans Muley Hafid unternommen. Es gedenke aber nicht in Fes zu bleiben, sondern ohne Verzug mit der Räumung von Fes, Mekines und Rabat zu beginnen unter Zurücklassung kleiner Besatzungen an der Straße von Rabat nach Fes. Nach diesem Rückzug müsse Deutschland angeben, worin es die Veränderung der Verhältnisse in Marokko erblicke und welche Wünsche es habe.

Die deutsche Regierung wird wohl endlich erklären müssen, was sie denn eigentlich will. Aus ihrem bisherigen Verhalten läßt sich ja ein Plan überhaupt nicht erkennen. Denn daß Herr v. Riberlen-Wächter nur die Absicht gehabt haben soll, England zu einem aktiveren Vorgehen in Marokko anzukitieren, die deutsch-französischen Beziehungen zu verschärfen und den englisch-deutschen Gegensatz zu verschärfen, kann man doch nicht gut annehmen. Das ist aber bisher die Bilanz der ersten Woche des Marokkoabenteuers.

Der zentrumsliberale Ordnungsbloß.

Das Hohngelächter, das die ganze politische Welt annimmt, als die erste Nachricht von diesem grandiosen Plan der Düsselborfer Liberalen auftauchte, keinen eigenen Kandidaten aufzustellen, hat auf die Helben keinen Eindruck gemacht. Die Angst war noch stärker als die Scham. Aus Angst vor einer klaren Entscheidung stellt sich der Liberalismus tot, er will überhaupt von nichts mehr wissen. Während draußen im politischen Kampfgerühl die Kugeln herüber und hinüber fliegen, zieht er die Decke über die Ohren und schämt wie der Wiener Spießer von 1848: „Mei Ruh will i haben!“

14 664, vierzehntausendsechshundertvierundsechzig, Stimmen sind im Düsselborfer Wahlkreise im Januar 1907 für die Nationalliberalen abgegeben worden! Davon gingen damals in der Stichwahl drei- oder viertausend Stimmen auf den Zentrumskandidaten über, auf den Sozialdemokraten keine einzige. Mit 33 317 Stimmen siegte Herr Kirch über den Genossen Grimpe, und er durfte sich dafür bei den Nationalliberalen bedanken. Diesmal, bei der gegenwärtigen politischen Stimmung, hat man nicht den Mut, einen Teil der nationalliberalen Stimmen zum Zentrum abzukommandieren, man denkt noch viel weniger daran, mit dem Kampf gegen das Zentrum, den man im Grunde führt, Ernst zu machen und die Wahl des Sozialdemokraten in der Stichwahl zu empfehlen; also greift man zu dem klüglichen Mittel einer scheinbaren Abstimmungsliste, um den Kreis, wenn irgend möglich, wieder in die Hände des Zentrums zu spielen! Die vierzehntausend „liberale“ Wähler haben jetzt keine andere Aufgabe, als stille zu halten, damit das Zentrum über ihren Rücken hinweg zum Ziele marschiere!

Das „Berliner Tageblatt“, das den Düsselborfer Entschaltungsbeschlüssen „eine Schmach und Schande für den Liberalismus“ nennt, richtet an die fortschrittliche Volkspartei die Frage, was sie in der gegenwärtigen Lage zu tun gedenke. Das linksliberale Blatt erklärt es für die Pflicht der fortschrittlichen Volkspartei, nunmehr mit einem eigenen Kandidaten vorzugehen und bei einer schwärzlichen Stichwahl geschlossen für den Sozialdemokraten einzutreten. Aber die liberale Vereinigung von Düsselborf besteht nicht aus Nationalliberalen, auch Fortschrittler sitzen in ihr, und diese Fortschrittler sind für den Entschaltungsbeschlüssen mit verantwortlich. Die liberale Vereinigung ist eine jener Blüten des Gesamtilberalismus der alldeutschen Flottenschwärmer, Feinde des Reichstagswahlrechts, Anhänger des Pluralstimmrechts, Hochachtungswürdiger und Schatzmacher mit Plattenkritikern, Wahl-

rechtsfremden, Freihändlern und Sozialpolitikern zu einem großen liberalen Ordnungsbloß zusammenführt. Und es ist gar kein Wunder, wenn dieser liberale Mischmasch auch noch allerhand andere Ingredienzien aus des Teufels Küche verdrät, ohne an Wohlgeschmack zu verlieren. Auf ein bißchen Pfafferei und Junkertum kann es da schon nicht mehr ankommen.

Der Düsselborfer Skandal ist nur das Vorpiel der kommenden allgemeinen Reichstagswahlen, mit denen er ja auch, wie allbekannt, auf das Engte zusammenhängt. Der Liberalismus des preussischen Westens bereitet für die bevorstehenden allgemeinen Wahlen ein Stichwahlbündnis mit dem Zentrum vor, also die Gründung eines zentrumsliberalen Ordnungsbloßes gegen die Sozialdemokratie. Durch die Beteiligung des Liberalismus an der Düsselborfer Erstwahl konnte dieses Stichwahlbündnis gefährdet werden, um es zu retten, gibt man die Parole der Wahlenthaltung aus. Das fortschrittlich-konjunktive Wahlbündnis von Naumburg-Weiskensfeld findet in diesen Düsselborfer Vorgängen sein passendes Gegenstück.

Sollte auch der Fortschritt auf Drängen seiner linksstehenden Elemente, vielleicht auch aus Furcht, daß sonst in Düsselborf ein bürgerlich-demokratischer Bewerber auftreten könnte, einen eigenen Kandidaten aufstellen, so wird der skandalöse Beschluß vom 7. Juli mit seinen politischen Wirkungen dadurch doch nicht mehr ganz aus der Welt geschafft werden. Man sieht da wieder einmal, was von der Zuverlässigkeit des Liberalismus im Kampfe gegen Junker und Zentrum zu halten ist.

Die „rote Gefahr“ und die katholische Kirche.

Die „Berliner Neuesten Nachrichten“ versuchten an der Hand der Reichstagswahlstatistik nachzuweisen, daß von einer ultramontanen Gefahr keine Rede sein könne, wohl aber drohe eine rote Gefahr, gegen die alle Parteien zusammenhalten sollten. Die „Germania“ freut sich dieser Argumentation und sie weiß ein Mittel gegen die rote Gefahr, die sie nicht so sehr in der Zahl der Mandate als in der Zahl der Stimmen sieht:

Im Parlament selbst ist die Sozialdemokratie nicht so schlimm, daß der Staat ernstlich etwas befürchten müsse; die rote Mehrheit ist eine Phantastie; in allen Lebensfragen der Nation wäre nichts zu fürchten, wenn selbst 140 rote Abgeordnete gewählt würden; die Mehrheit von 250 Abgeordneten aber — 230 ohne die Polen — müßte dann nur um so fester zusammenhalten. Es mag hier und dort unangenehm sein, eine so starke rote Fraktion zu haben; aber das Gefährliche ist dies an der Sozialdemokratie nicht. Dem Staats- und Völkerverstand wird vielmehr weit mehr zugefügt, und deshalb wird es weit bedenklicher bedroht durch die roten Volksmassen; sie sind die einzige Gefahr für die deutsche Nation. 150 Sozialdemokraten im Reichstage sind nicht so bedenklich wie zehn Millionen sozialdemokratisch gesinnter Deutscher einschließlich der Familien. Hier muß der große Kampf ausgefochten werden.

Was aber tut der Staat hier zur Abwehr? So gut wie nichts.

Ausnahmsweise meint die „Germania“ weiter, helfen nicht, Militarismus und Sozialpolitik nützen auch nichts, und

wenn die Kirche sich anbietet, lehnt er (der Staat) diese Hilfe ab; wir erinnern hier an das Fortbildungsschulgesetz usw. Nur ja nicht zu viel Religion! Diese große liberale Kirche steht in unserem Staate noch so tief in den Knochen, daß er lieber dem Ruin entgegensteht, als daß er diese Hilfe annimmt. Darum die rote Gefahr.

Warum macht sich denn die Kirche nicht ohne Staatsunterstützung an die Bekämpfung der roten Gefahr? Oder traut sich die Religion ohne politische Unterstützung die Kraft nicht zu, den roten Feind zu schlagen? Viel Vertrauen in „göttliche Kraft des religiösen Gedankens“ würde das gerade nicht beweisen.

Das fünfte Rad am Wagen.

Der Bundesrat setzt zur Beratung der ihm zulehrenden Angelegenheiten Ausschüsse ein. Einer dieser Ausschüsse ist der „Ausschuß für

Jungfer Mutter.

Ein Wiener Vorabgesicht von Ada Stripsen.

(Kaschmal verboten.)

Es war nichts verändert in dem Gemache, nur die beiden Ehebetten waren in das dunkle Hintere Ende geschoben und aneinandergerückt, weil das Stiegenbetten des Kindes dazwischen stand. Und noch etwas fiel auf, gegenüber dem Fenster, soviel als möglich im Sicht, stand eine rote Stuhl, die mit weissen billigen Vorhängen überdeckt war. Auf diesem sanddichten Parkett lagen greisliche Kleiderkisten und über aussehende Langordnungen, es standen auch ein paar schreienhemdliche Stiefelgarnituren dort, und das Bild der jungen Gattin schaute durch ein grünlisches Glas, gestützt auf zwei goldene Füße, die es umgaben. Ueber dem Tisch lag der alte Spiegel, der die Kleidergehäuser im vollen Licht noch mehr verzerrte.

Der Beschuldigte sah da und pfiff leise durch die Zähne, er wartete eine gewisse Zeit, dann sagte er:

„Geh, ich mach' es.“

„Geh nicht geh.“

Der Mann schaute über sich auf, dann über sich auf, dann über sich auf, er hatte in der letzten Zeit kein einziges Mal geschrien, und jetzt machte er ein ganz ernsthaftes Gesicht zu dem Spöck, er wartete wieder, die Dame aber ging wie ein Spöck so gleichgültig auf und nieder und wartete, das Kind, das über sich schaute, sie schaute immer.

„Du, das wird doch nicht Dein Kind sein?“ sagte er

„Geh.“

Er stand auf, sah über die Stuhl nach dem Tische und ging langsam in die Höhe. Das Kind er den Tisch auf, alles blieb in die Unterlippe und schaute zurück in die Stube.

„Was hast Du denn gar so Kleinhäutiges zu tun gehabt, daß Du nicht die Stuhl für mich gehst?“ warf er mit leichtem Lächeln auf die Stuhl auf.

„Geh.“

„Geh!“ sagte er auf, „ich hab' keinen Tag, ich verzeih' mir.“

„Geh.“

„Ich hab' mich nicht an Tage aufgehoben“, erwiderte, sie

„Geh.“

„Was tun die Weiber, die den ganzen Tag arbeiten“

„Geh.“

„Du habst die Kleider nicht an und machst den Kleiderkasten auf, das ist doch ein ganzes Stück Arbeit.“

die anderen und das alles wegen dem Kind? Sie wartet im Vorübergehen einen Blick in den Spiegel, trat dann auf ihn zu und sagte: „Du schau mich an.“

„Ich seh' nichts Besonderes“, sagte er und bemühte sich, gleichgültig auszusehen auf das schöne Weib, das vor ihm stand und ihn mit den leuchtendsten Augen anstarrte.

„Schau meine Augen an, die schwarzen Kinder. Und da und da“, sie hob die rechte weiße Hüfte aus dem Kleide und zeigte den Karmel über Gelenk und Ellenbogen, „da überall steht was schön die Knochen.“

„Aber keine!“ rief er der Frau begütigend und legte seine Hand an ihre Schulter, „Du bist viel schöner, als Du warst!“ und seine Lippen suchten ihren Mund, sie aber entwand sich ihm.

„Du bist nicht wahr! Seit dem Stuhl bin ich ganz anders.“

„Was soll ich anfragen?“

„Geh.“

„Du antwortest nicht, nur ihre Oberlippe hob sich. Endlich schielte das Kind, sie legte es vorsichtig in seine Wiege, ließ die Arme fallen und summte:

„Hörte er sprechen, um seine Furchtge zu verbergen.“

„Ich hab' dich nicht gesehen.“

„Und was hat denn die gute Frau zu Mittag gegessen?“

„Die Frau hat drüber bei ihr zugehört in der Küche.“

„Schau! Du bist nicht vor dem armen, feigen Mädel?“

„Geh.“

„Ich geh' ins Birtshaus.“

„Nicht geh“, sagte sie nachlässig, „Bring' mir etwas heim, ich geh' dich holen.“

„Du kommst mir wieder in die Furchen und ich seh' mich an, wie eine Nachbarin die gestrichelten Unterlippen von der Seite anhebt. Ihr Mann ging ohne Gruß davon, nur zögerlich schaute sie ihm nach, der Hof war so lang, und durch den großen Vorhang sah der kleine Strauchhahn herein, so daß sie die dunkle Gestalt des Beschuldigten genau sah. Der Abendwind bewegte den alten Karmel leichtes Geräusch, und sie wartete immer das kostbare Stuhl an der Frau, des Mannes im Auge behalten... Er war der Traum und die Wirklichkeit der Hochzeit.“

„Du gehst nicht ins Birtshaus, wenn er einmal den leeren Karmel nicht in die Furchen stellt, als ob er antwortet.“

„Du gehst nicht ins Birtshaus, wenn er einmal den leeren Karmel nicht in die Furchen stellt, als ob er antwortet.“

„Du gehst nicht ins Birtshaus, wenn er einmal den leeren Karmel nicht in die Furchen stellt, als ob er antwortet.“

„Du gehst nicht ins Birtshaus, wenn er einmal den leeren Karmel nicht in die Furchen stellt, als ob er antwortet.“

„Du gehst nicht ins Birtshaus, wenn er einmal den leeren Karmel nicht in die Furchen stellt, als ob er antwortet.“

Auf dem Hofe draußen wurde es lebendig, Peterabend war, die Weiber kamen aus ihren Häusern und riefen laut nach ihren Kindern, die Männer kamen von ihrer Arbeit heim, und so sah den großen Hof entlang vor jeder Tür ein Gauseln bestanden, alle aßen und plauderten, schrien einander zu und waren so frohlich, als wären sie mitten im Hebelst. Die Frau hockte in ihrem Fenster, lauschte mit hellem Ohr und schaute mit halbem Blick nach unten, nur wenn ein Kind ausschrie, zuckte sie zusammen und hockte in die dunkle Ecke. Als die Gauseln und noch ein paar Jüngere dem Fenster nahe kamen, wollte sie ihnen nicht, sondern legte einen Finger an die Lippen und deutete in die Stube. Sie wollte allein sein. „Ich weiß ja, warum die alle reden“, dachte sie, während sie hinderschleifte zu den Nachbarn.

Und sie wachte auch wirklich, wachen die anderen sprachen, von Kindesbetnen an hatte sie das klutige, listige oder schmerzliche Geschnurre mit angehört: Arbeit, Viehstehlen, Neugierde, keine Kinder, Lüge, das war alles. Jungelien sprachen sie von jenen, die aus der alten Kremschule hinarangekommen waren, die ihr Glück gemacht hatten in der Welt, so wie die Grotte, die unter die Theaterkiste gegangen war und erst vor kurzer Zeit sich wieder um die „Mutter Gans“ geschlichen hatte, ein seltsames Vieh am Leibe, so erwiderte der Gausler. Das ging über die Begriffe des klugen Weibes. Wie kann man wieder hochgehen, wenn man ein seltsames Vieh trägt, in diesem Stuhl voll Wachs, das man und kleinen Kindern?

„Sie hätte wieder klugig zu den Nachbarn sein. Jetzt hatten sie die Köpfe zusammen und schrien, warum? warum? — Von ihr selbst, natürlich! Sie erzählten einander, daß sie heute nicht geschickte habe und daß der Mann ins Birtshaus gegangen, das war ja etwas Neues für die „Mutter Gans“.

„Sie hätte das Fenster zu, ließ die Vorhänge nieder und abzuwischen die Lampe an.“

„Er, sollen reden“, murzte sie vor sich hin. Sie richtete ungenügend die Betten für die Nacht zurecht, und als das Kind halb im Schlaf leise aufweinte, gab sie im Vorübergehen den Wege einen lachenden Stoß, daß sie sonst weitergeschwätzte. Immer vor sich hinderschleifte sie ihr prächtiges rotes Haar, schüttelte es über die marmornenen Stützen und Hebdengel mit ihrem Nichte, das selbst in diesem Spiegel noch schön blieb. Mit einem Mal sah sie ein Mädchen von dem Kucheltische, trante unter den Seidenbändern, die drin lagen, und zog endlich ein schüchternes Gesicht hervor. „Lüge sagte sie sich an den Tisch, riefte die Lampe heron, mensche die Karten langsam und legte dann die Hände in vier Reihen, eine unter die andere, vor sich hin. Da sah sie ein, und das kleine Kindliche Kind raste mit dem Ritz in der hohlen Hand und die graugrünen Augen schienen stehend den einen Blick auf das andere.“

auswärtige Angelegenheiten, in welchem Bayern den Vorzug führt. Unsere württembergischen Genossen haben ihre Marokko-Interpellation mit darauf gestützt, welche Rolle in diesem Falle der Ausschuss, in dem auch Württemberg vertreten ist, gespielt hat. Die Presse der Marokko-Interpellanten ist nun nicht bloß hoch erfreut darüber, daß die Verantwortung der Interpellation hinausgeschoben wurde, sie geht noch weiter, indem sie den Zweck eines solchen Ausschusses untersucht. Zu diesem Zweck wird der ehemalige württembergische Ministerpräsident v. Mittnacht zitiert, der in seinen Erinnerungen geschrieben hat:

„Gegenüber der Brärogative, welche hinsichtlich der auswärtigen Angelegenheiten die Verfassung dem Kaiser zuweist, mußte ein Bundesratsausschuss für diese Angelegenheiten von Anfang an in einer sehr prekären Lage sich befinden. Auch vertritt sich die Natur und die gebotene Behandlungsweise der Beziehungen zu auswärtigen Staaten nur schwer mit ihrer Besprechung in einem Ausschuss, in dem fünf Regierungen beliebig gewählte Bevollmächtigte entsenden. Je größer die Zahl der Mitglieder ist, und je ferner dieselben den auswärtigen Angelegenheiten stehen, um so mehr Vorrecht und Zurückhaltung wird dem Ausschuss entgegengebracht werden und insofern hat die vom Bundesrat mit Zustimmung Bayerns beschlossene Schöpfung der Zahl von drei auf fünf Mitglieder eine Verbesserung nicht gebracht.“

In der Tat ist dieser Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten nach langen Jahren erst wieder einmal zusammengetreten, nachdem das persönliche Regiment im Reichstag hatte Spieghel laufen müssen. Daß seit dieser Zeit wieder einmal eine Sitzung stattgefunden hat, ist kaum anzunehmen. Nun erklärt die Marokko-Presse auch noch ganz unverschämte, daß es gar keinen Sinn habe, einen solchen Ausschuss zu fragen. Es wird Sache der Landtage der im Ausschuss vertretenen Bundesstaaten sein, dieser Frage einmal näher zu treten, denn wenn dieser Ausschuss nur eine Dekoration sein soll, dann kann man auch ganz auf ihn verzichten.

Bünderliche Sprengkugeln in freisinnigen Versammlungen.

Die „Freisinnige Zeitung“ meldet: Eine bündlerische Sprengkugel hatte sich, unter Leitung des Sutsbeijers Vier aus Nalch in einer öffentlichen Versammlung der fortschrittlichen Volkspartei in Permick eingehandelt. Schon vor der Versammlung erging sich Herr Vier, wie die „Märkische Tageszeitung“ berichtet, in Anpassungen an den fortschrittlichen Parteisekretär Grobow-Pagen, der ihn in dessen auf die Versammlung hinwies, in der er, Grobow, in der Aussprache Rede und Antwort stehen werde. Die Bänder belegten bald den Saal, während einige Nichtbänder in einem Vorraum den Gerng beobachteten. In sachlicher Weise behandelte Grobow die innerpolitischen Verhältnisse und hielt den Bändern einen Spiegel vor. Gerade ihre Politik sei die Ursache der allgemeinen Ungerechtigkeit. Oft wurde der Redner von Herrn Vier und seiner Garde durch minutenlange Zwischenrufe unterbrochen, die erheiternd wirken mußten, weil sie oft an der unrichtigsten Stelle gemacht wurden. Herr Vier wollte den Redner an Sprechern verhindern und mußte sich schließlich lassen, eine fortschrittliche Versammlung nicht mit seinem Hof vergleichen zu wollen, auf dem er derartige Sitten anzubringen wohl gewöhnt sei. Komisch wirkte nun sein Auftreten in der Aussprache, in der er seine Königstreue äußerlich noch zu bekräftigen glaubte, indem er ein Hoch auf den Kaiser ausbrachte, in das selbstverständlich auch die Freisinnigen mit einstimmten. (1) Dann ließ er die Nationalhymne anstimmen, um dann das zu verdrängen, was Herr Grobow ausgesprochen hatte. Als sich Grobow an die Widerlegung der einzelnen Behauptungen machte, ging das Spiel wieder los. Durch laute Brüllen machte man seine Ausführungen unverständlich. Es wäre besser, so meinte der Redner, die Bänder trügen die Königstreue im Herzen, anstatt sie nur äußerlich zu bezeugen.

Sollte sich so ein Bänder einmal herausnehmen, mit „Sei dir im Siegerkranz“ und ähnlichen Geschichten in unseren Versammlungen anzufangen, dann wird selbstverständlich nicht „mit eingestimmt“, sondern der Bruder wird umgehend an die freische Luft gesetzt. — So haben die freien Studenten mit dem Dozenten Perici in Leipzig bekanntlich auch gemacht.

Das Staatsangehörigkeitsgesetz. Die „Deutsche Tageszeitung“ will erfahren haben, daß die Vorarbeiten zu dem Gesetz über den Erwerb und Verlust der Staatsangehörigkeit nun endlich vollkommen abgeschlossen sind und daß der Entwurf im kommenden Winter dem neuen Reichstag zugehen wird. Ueber die Grundzüge des Entwurfes weiß das agrarische Blatt folgendes zu berichten:

Während bisher ein Auslandsdeutscher seine Staatsangehörigkeit verlor, wenn er länger als zehn Jahre im Auslande gewohnt hatte, ohne sich in dieser Zeit bei einem deutschen Konsul zu melden, bestimmt der Entwurf, daß ein Auslandsdeutscher gegen oder ohne seinen Willen seine deutsche Staatsangehörigkeit überhaupt nicht mehr verlieren kann. Die Anmeldung beim Konsul soll fortfallen. Dafür verpflichtet sich der Auslandsdeutsche dem Reiche gegenüber, seine gesetzliche Militärpflicht abzuleisten, wenn nicht ganz wichtige Gründe einer solchen Ableistung entgegenstehen. Für den Mobilmachungsfall wird auf die Einziehung zur Fahne verzichtet, wenn der Deutsche sich im Auslande befindet, jedoch ist er verpflichtet, sich zu stellen, wenn er sich in der Heimat oder in einer der deutschen Kolonien aufhält. Bezüglich der Ableistung der Militärpflicht werden die Anforderungen für die Auslandsdeutschen wesentlich herabgesetzt. Zunächst wird die Möglichkeit, sich überall im Auslande auf die Qualität zu unterziehen zu lassen, erleichtert. Im allgemeinen genügt eine Untersuchung an Orte eines Konsulats, in schwierigen Fällen sogar die Einsegnung eines Arztes eines angelegenen Militärarzes. Der einmalige gesetzliche Dienst in der Armee soll für den Auslandsdeutschen genügen, während von der Einberufung zu Reserve- und Landwehrrübungen abgesehen wird. Gegebenenfalls kann die Ableistung der aktiven Dienstzeit in einer deutschen Kolonie erfolgen. Der Transport der Dienstwilligen nach der Heimat erfolgt auf Kosten des Reiches. In Fällen, in denen nachgewiesen wird, daß die Ableistung der Militärpflicht den Auslandsdeutschen wirtschaftlich schwer schädigen würde, kann eine Entbindung von der Dienstpflicht stattfinden. Der Gehalts, die Auslandsdeutschen in irgendeiner Weise zur Steuerleistung heranzuziehen und davon die Staatsangehörigkeit abhängig zu machen, ist aufgegeben worden.

Der Kaiser und Macdonald. Gegenüber der Behauptung, daß die Einladung des englischen Sozialistenführers Macdonald zum Kaiserfrühstück bei Lord Salisbury in London auf einen speziellen Wunsch des Kaisers zurückzuführen sei, schreibt noch einmal die „Nordd. Allg. Ztg.“:

„Der „Vorwärts“ hat sich in seiner Nummer vom 2. d. Mts. erlaubt, unsere Feststellung, daß die mehrfach erwähnte Einladung des englischen Arbeiterführers Mr. Ramsay Macdonald zu dem Kaiserfrühstück bei Lord Salisbury von englischer Seite ausgegangen sei, als eine Lüge zu bezeichnen. Der „Vorwärts“ hat sich dabei auf einen Artikel der „Socialist Review“ berufen, der nach seiner Angabe von Macdonald selbst geschrieben soll. Dieser Artikel liegt jetzt vor. Er ist anonym, und Mr. Macdonald hat sich in einem Briefe an die „Times“ ausdrücklich dagegen verwehrt, als Verfasser bezeichnet zu werden. Der Artikel enthält aber in der Tat eine Bemerkung, nach welcher Seine Majestät der Kaiser den Wunsch ausgedrückt

hätte, Mr. Macdonald zu befragen. Wir halten demgegenüber unsere früheren Feststellungen in vollem Umfang aufrecht. Es ist unzutreffend, daß die Einladung durch einen Wunsch des Kaisers veranlaßt worden ist. Die Einladung ist vielmehr von englischer Seite angeregt worden und auch ergangen, nachdem in üblicher Weise das Einverständnis Seiner Majestät des Kaisers nachgeholt worden war. Die deutsche Mitwirkung hat sich auf die Feststellung dieses Einverständnisses beschränkt. Somit ist und bleibt die Angabe des „Vorwärts“ wie keiner englischen Quelle eine Erfindung. Wie der Artikel in „Socialist Review“ demnach Macdonald zugeschrieben werden konnte, ist nicht recht klar.

Die Staatsgefällige Fahne. Der Verein ehemaliger Fremdenlegionäre in Mülhausen i. E. besitzt eine rot-weiß-blaue Vereinsfahne, die bisher bei Umzügen anstandslos mitgeführt worden ist. Die Wehrbehörde hat nunmehr das öffentliche Mitführen dieser Fahne verboten mit der Begründung, daß sie rot-weiß-blau sei und das öffentliche Tragen dieser Farben nicht gebuldet werden könne.

Der nationalliberale Reichstagsabgeordnete Prinz zu Schönau-Carolath, der seit dem Jahre 1881 ununterbrochen den Wahlkreis Oden-Lüben vertritt, aber früher der Reichspartei angehörte, hat in einer am Freitag abgehaltenen nationalliberalen Vertrauensmännerversammlung in Oden die Erklärung abgegeben, daß er nicht wieder Kandidat werden werde. — Prinz zu Schönau-Carolath führte einige oppositioneller Neben wegen, die er gehalten, den Namen „der rote Prinz“.

Wegen des Baues eines Krematoriums ist es zu einer Meinungsverschiedenheit zwischen dem Magistrat von Nürnberg und der bayerischen Regierung gekommen. Die Regierung hatte die Streckung des Vertrages für den Bau eines Krematoriums aus dem neuen Etat der Stadt verlangt, der Magistrat hat einstimmig beschlossen, dieser Forderung nicht zu entsprechen.

Nur eine Null zu viel. Aus Nürnberg wird der „Berl. Volksztg.“ geschrieben: Bei Beratung des Feuerbestattungsgesetzes im preussischen Abgeordnetenhaus führte laut stenographischem Bericht der Zentrumsabgeordnete Müller (Koblenz) unter anderem aus, daß in Nürnberg die Bürgerschaft mit einer Last von 800,000 Mark beschwert werden sollte für die Erbauung eines Krematoriums. In Wirklichkeit liegt die Sache so, daß die städtischen Kollegien bei Gelegenheit der Erbauung einer neuen Gedächtnishalle auf dem Westfriedhofe es für zeitgemäß erachtet haben, für den eventuellen Einbau eines Krematoriums unter dieser Halle Sorge zu tragen. Die Kosten hierfür sind aber nur auf etwa 30,000 Mark veranschlagt.

Das Zentrum verliert über so viele Nullen, daß aus seinem Vorrat leicht eine an die unrechte Stelle geraten kann.

Ausland.

Eine europäische Blamage für die Schweiz.

Unser Parierblatt „Volksrecht“ schreibt: Aus dem Roman Tessin kommt eine seltsame Kunde. Die „Freisinnige“ Regierung hat sich nämlich veranlaßt gesehen, nach Bern zu rapporieren, daß der vom Bundesrat im Jahre 1881 wegen „Verherrlichung“ der Ermordung des russischen Kaisers Alexander II. aus der Schweiz ausgewiesene Fürst Peter Krapotkin sich in Locarno aufhalte, ohne die bundesstaatliche Bewilligung eingeholt zu haben.

Fürst Peter Krapotkin ist 69. Lebensjahre. Seine politische Tätigkeit hat sich seit Jahrzehnten auf die gegenwärtige Herausgabe kleinerer Schriften zur Propaganda eines „Anarchismus“ beschränkt, der von so humaner Gesinnung und so weit von aller Propaganda gewaltsamer Aktion entfernt ist, daß man ihn beinahe einen gemüthlichen nennen könnte. Die Haupttätigkeit Krapotkins aber lag auf wissenschaftlichem Gebiet. Und hier hat sich der ehemalige Voge und Gardeoffizier als Geograph und Naturforscher einen Namen gemacht, der neben die glänzenden Namen dieser beiden Wissensgebiete gestellt werden darf.

Und diesen Namen von europäischer Berühmtheit soll nun, so will es die „Freisinnige“ Tessiner Regierung, die schweizerische Polizeifahrt aus dem stillen Winkel verdrängen, in den er sich zur Erholung von angestrengtester wissenschaftlicher Arbeit zurückgezogen hat. Herr Kronauer soll in Aktion treten, weil Krapotkin der nicht nur ein großer Gelehrter, sondern auch ein treuer und warmherziger Freund des geknechteten russischen Volkes ist, vor drei Jahrzehnten seiner Bekriedigung über das gelungene Vientat auf den Zaren Alexander Ausdruck gegeben hätte! Und diese verächtliche Denunziation Krapotkins an die schweizerische politische Polizei geht — das ist das Mäme an der Sache — von einer Regierung aus, die sich nicht nur freisinnig nennt, sondern die ihre Stellung selbst einer gewaltigen Revolution verdankt, bei der auch ein Wächter über die Alimge springen mußte, von einer Regierung, deren Parteigenossen damals, als sie den konterwärtigen Staatsrat Koffi erhassten, noch nicht einmal, wie die russischen Revolutionäre, die Entschuldigungsverpflichtung für sich hatten, daß ihnen andere politische Mittel als die gewalttätige Aktion nicht zu Gebote standen.

Man darf ja wohl erwarten, daß der Bundesrat der „Freisinnigen“ Denunziation aus dem Tessiner Regierungsgebäude keine Folge geben und den greisen Gelehrten in Ruhe lassen wird. Ein „Einbrechen“ der politischen Polizei in diesem Falle würde die Schweiz einer geradezu europäischen, ja einer internationalen Blamage aussetzen und nach einer solchen wird der Bundesrat nach den zahlreichen „inneren“ Blamagen der letzten Zeit wohl kein Verlangen tragen. Aber die Denunziation selbst ist und bleibt ein Schandstück, der auch durch die Nicht-Intervention des Bundesrates nicht getilgt werden kann.

Fromme Wohltätigkeit.

Die Kirche ist ein riesiges Erwerbsgeschäft. In ihr Hauptkapitalstock der fromme Glaube, der die Peterspfennige und sonstige Abgaben jeder Art bringt, so verschmäht sie auch durchaus nicht den gewöhnlichen kapitalistischen Betrieb von Handel und Industrie. Und die schlaueste Ausbeutung wird gerade dort betrieben, wo unter dem Deckmantel von Wohltätigkeit, Unterricht, Waisenfürsorge und anderes die Verwertung ungeschulter weiblicher und jugendlicher Arbeitskraft fast ohne Vergütung erfolgt: eine Schmutzindustrie, die besonders dazu beigetragen hat, in industriellen Gebieten wie Barcelona, Belgien u. a. die Arbeitermoralität verfallen zu machen. Sehr bezeichnende Tatsachen dieser Art werden von E. Soustaux im „Peuple“ mitgeteilt.

Wir hören da von Zuchtanstalten des Ordens von S. Uten Sitten, der in allen 5 Erteilen zusammen 221 Niederlassungen mit etwa 7000 Nonnen besitzt und über 47,000 „Personen“ in seinen Betrieben beschäftigt. Ueber die Bezahlung und Behandlung der letzteren hat das „Lancet“ in einem Artikel vom 28. Februar 1903 festgestellt, daß Nahrung und Unterbringung — die einzige Vergütung — völlig ungenügend sind. Die meisten Jungen verbleiben, daß die spärlich zugewiesene Kost in keinem Verhältnis zur Arbeit steht. Die Kost — zumeist Suppen und Güssen — ist — war wenig gehalten, ihre Zubereitung oft so mangelhaft und ungesund, daß sie Mibetwillen erregte. Nur das Brot war gut. Aber davon durften nur die guten Arbeiterinnen etwas nehmen, und es gab nur zur Mittagszeit, nicht zur Abendmahlzeit. Zum Waschen hatte man weder Seife noch eine Schüssel; man mußte ein Tuch anwenden, das über dem Rockkopf aufbewahrt wurde. Frische Wäsche gab es nur alle 2, im Winter auch alle 3 Wochen.“ Der Artikel, der von dieser Verhöhnung aller Menschen war, hat in der Tat die Aufmerksamkeit der Welt auf sich gezogen, die sie aber nicht erhielt.

Mit diesen Zeugnissen stimmt das Urteil überein, das der Bischof von Nancy, der sicher nicht kirchenfeindlicher Gesinnung verdrängt ist, über diesen Orden gefällt hat. Die Arbeit der Mädchen macht das Kloster reich. Aber im ganzen Land gibt es keinen weiblichen Arbeiter, der seine Arbeiter und Arbeiterinnen so ausgebeutet, wie diese Nonnen die Mädchen, die sie unter dem Schein der Wohltätigkeit aufgenommen haben. Der Orden gibt in manchen Jahren mehr als 500,000 Francs für Waisenkinder aus, zum Teil für Auszubildende. Aber er gibt keine Almosen. Er läßt die aus „Wohltätigkeit“ aufgenommenen Mädchen länger arbeiten, als das Gesetz erlaubt. Wenn diese das Haus verlassen, erhalten sie weder Geld noch Ausstattung oder höchstens einen lächerlichen Betrag und armelige Kleiderstücke, auch wenn sie 5, 10, 20 und 30 Jahre dort gearbeitet haben. Die Nonnen verleben alle Gehebe der Moral, indem sie jene so allen Gefahren und dem schimpflichsten Falle aussetzen. Innerhalb 3 Monaten sind allein vom Hause zum Guten Sitten in Nancy 60 Mädchen unter solchen Bedingungen aufs Pfaster gesetzt worden. Die Nonnen sorgen nie dafür, den abgehenden Mädchen Arbeit zu verschaffen oder mit ihnen in Beziehung zu bleiben. Diese Verdrängen werden sicher in allen Häusern des „Guten Sitten“ begangen. Das geht daraus hervor, daß trotz aller meiner Beschwerden die Provinzialin und die Generaloberin das Befahren ihrer Nonnen in Nancy verteidigen und billigen.“

Ebenso erbauliche Dinge hören wir von belgischen Mönchen. Diese wissen sich der Besteuerung zu entziehen. Für sie gelten keine Arbeitergesetze, sowohl die Industrie als aller Art betreiben. Sie nennen ihre Werkstätten „Schulen“, lassen aber darin nur gewerblich arbeiten, und zwar täglich 12 bis 14 Stunden. So arbeiten in dem Kloster einer wallonischen Stadt die „Schülerinnen“ von 7 bis 7 Uhr. Man macht „Ausstattungen für Nonnen“, die halb teuer an Privat, halb sehr billig an Großhändler verkauft werden. So packte ein Unternehmer die ganze Jahresproduktion eines Klosters, wie man mit einer Plegel einen Jahresabschluss macht. Zu unglücklichen Arbeiterinnen leben in einer Atmosphäre von Geheimnis und Furcht. Die Nonnen leben mit ihnen nicht vom wirklichen Leben; wenn sie das Kloster verlassen, sind sie unwillig und elend. Der Unterricht dauert nur einige Minuten; der ganze Tag ist der Arbeit gewidmet.“ In einem Bericht, den der Geschäftsführer Paulsen dem Gemeinderat von Anderlecht erstattet hat, heißt es betreffend armer Kinder, die einem Kloster zur Pflege übergeben waren: „Diese 3 Kinder sind ausschließlich in dem „Waisenhause“, das in Wahrheit nur eine Großwäscherei ist, ausgebildet worden. Den Verpflegungszweck hat man sie vom 12. Jahre an im Waisenhause beschäftigt. Sie kennen kein Wort französisch, während im Prospekt französischer und flämischer Unterricht versprochen wird. Die körperliche Fürsorge läßt sehr zu wünschen. Zwei der Kinder hatten den Kopf voll Ungeheuer. Alle 3 sind argenteisend, wohl vom Aufenthalt in den Waisenhäusern mit ihrer ungelunden, von Säuren erfüllten Luft.“

In diesen Fabriken zählt man einen Lohn, der gewöhnlich 6 bis 8 Francs die Woche beträgt und manchmal bis auf 10 Francs steigt. Aber in Louvres erhalten Strickerinnen täglich 40 Cent. (2 Pf.) für 12stündige Arbeit. In Brügge und Ypern Spitzenarbeiterinnen höchstens 6 Francs. Kürzlich wurde in Namur vor dem Gemeinderat ein Lohn von 4 Francs festgestellt, wovon noch Abzüge gemacht werden sollten. So sind die Arbeiter natürlich sehr leistungsfähig. Strenge in Flandern rechnet für Einsassen eines Hundes 20 Cent. (Preis in Brüssel 35 bis 40.) ein anderes für ein Duzend Schützen, die in Brüssel 4,20 Francs kosten, 1,80 Francs. Diese Klosterbetriebe sind in Wahrheit kapitalistische Betriebe, in die weder Gewerkschaften noch Gesetze zum Schutze der Unterdrückten bringen, und deren Gewinne keinen Abzug erleiden, weder zugunsten der armen Arbeiterinnen noch zu Gunsten der Nation.“ Als 1893 in der Kammer nachgewiesen wurde, daß in Mönchen 8 und 9 Uhr arbeiteten, verbot der Bischof von Brügge, Kinder unter 7 Jahren überhaupt und bis zur ersten Kommunikation bei Nacht zu beschäftigen! Nach 1902 warf der Katholik M. B. Verhaeren den Mönchen vor, daß sie Kinder in zu frühem Alter und zu lange arbeiten lassen. Heute ist es noch daselbe. Und warum auch nicht? Hat doch schon vor 60 Jahren der Abt von Saerens behauptet, daß die „Epitaph-Schulen“ der flandrischen Mönche für über 8 Millionen Waren erzeugten, wovon nur etwas über 150,000 Francs auf Lohn kamen.

Natürlich ist eine solche Ausbeutermittelschaft unter frommem Deckmantel keine Spezialität der katholischen Kirche. Mag es an einer Stelle von Material geteilt, daß es in den Anstalten der evangelischen Frommen bei uns im Prinzip, wenn auch nicht in dieser Ausdehnung, ganz ähnlich zugeht. Jedensfalls aber ist die katholische Kirche ihrer Eitelkeit auch hier an „Großzügigkeit“ mächtig überlegen. So begreift es sich, daß in den katholischen Ländern steigende Massen dieser Ausbeuterflotte mit dem hohen Rande Haß und Verachtung entgegenbringen.

Italiens auswärtige Schmerzen. Auf eine Anfrage des Abgeordneten Foscati in der Deputiertenkammer erklärte der italienische Unterstaatssekretär des Meeres, Fürst di Scialoja, die italienischen Kriegsschiffe pflegten in gewissen Zeitabständen die Haupthäfen des Mitteländischen Meeres zu besuchen.

Auf diesen Häfen seien während der letzten beiden Jahre die Häfen von Tripolis nicht einbezogen gewesen. Das werde man jedoch in Zukunft tun, umso mehr, als die Besuche der italienischen Schiffe in diesen Häfen, in denen starke italienische Kolonien vorhanden sind, patriotische Kundgebungen hervorgerufen hätten, die dazu beitragen, die diesen Wiltbürgern die Liebe zu dem fernen Vaterlande immer lebendig zu erhalten. (Beifall.)

Auf eine weitere Anfrage erklärte der Unterstaatssekretär, es seien Unterhandlungen zwischen den ottomanischen Behörden und den Aufständischen in Albanien im Gange. Es sei Grund zu der Hoffnung vorhanden, daß dieser traurige Konflikt eine friedliche und befriedigende Lösung finden werde.

Sobann nahm das Haus die Beratung des Gesetzentwurfs über die Verstaatlichung der Lebensversicherungen wieder auf. Mehrere Redner verzichteten unter dem Beifall des Hauses darauf, die von ihnen eingebrachten Tagesordnungen zu begründen. Obwohl begründete unter großer Aufmerksamkeit des Hauses die Wichtigkeit des Gesetzentwurfs und betonte, daß gerade der Staat geeignet sei, Lebensversicherungen, bei denen ein langjähriges Vertrauen gefordert werde, zu betreiben. Es sei eine bedeutende Aufgabe des Staates, im allgemeinen Interesse des Landes diese Form des Sparens und der Vorsorge zu fördern und sicherzustellen. Es handle sich nicht darum, die Frage der Altersversicherung der Arbeiter zu lösen, sondern dieses Problem der Lösung um einen Schritt näher zu bringen. Der Entwurf bezwecke ferner, eine Finanzkraft ersten Ranges in den Händen des Staates zu konzentrieren. Das Beispiel der Postspargkassen und der Depositionskassen zeige, wie geeignet der Staat sei, große Kapitalien zu verwalten.

Sachs in Venezuela. Ein Telegramm aus Willemsted meldet, die venezolanische Regierung habe bestimmte Nachrichten, daß Castro im westlichen Venezuela landete, und daß 1000 Mann ihm Beifolgigkeit leisteten. (1)

Wandernde Arbeiter: Ein Arbeiter, der in der Provinz von... (1)

Weidet den Schnaps

Die freien Gewerkschaften von 1892 bis 1910.

Die dritte Million an Arbeitern wird jetzt durch die freien Gewerkschaften organisiert, Ende 1910 waren es ja schon 2.128.021, welche ihren Gewerkschaften angehörten. Es lohnt sich, die Spuren der deutschen Arbeiterbewegung rückwärts gehend wieder einmal zu betrachten. In nachfolgender Zusammenstellung bringen wir die Entwicklung der einzelnen Gewerkschaften, soweit sie der General-Kommission angehören, so wie von ihnen auf dem Kongress in Dresden berichtet werden wird, zur Darstellung. Im Jahre 1890 fiel das Sozialistengesetz, die Arbeiterorganisationen konnten wieder zum ersten Male über die Landesgrenzen hinaus in Deutschland bestehen. Das Jahr 1910 bedeutet das Wiederanstreben der wirtschaftlichen Konjunktur, es brachte neuen Fortschritt für nahezu sämtliche Verbände. Lassen wir nun die Zahlen folgen:

	Ende des Jahres			
	1892	1902	1908	1910
Aphalteure	—	—	515	1 006
Bäcker	1 210	4 760	18 289	21 944
Bauhilfsarbeiter	2 000	16 193	55 526	61 867
Bergarbeiter	44 906	41 894	112 192	120 492
Bildhauer	2 808	3 918	4 175	9 676
Bismarckarbeiter	—	—	—	525
Böttcher	4 507	5 736	7 705	7 988
Buchbinder	4 740	15 181	37 858	40 415
Buchdrucker	2 752	10 207	21 978	26 934
Buchdruckhilfsarb.	16 000	34 120	55 493	60 923
Bureauangestellte	—	1 993	1 996	18 492
Dachdecker	—	371	4 477	5 556
Fabrikarbeiter	2 460	53 640	136 195	159 152
Fleischer	—	1 577	3 017	3 524
Frisiere	515	500	2 110	2 090
Härtner	986	—	4 800	5 561
Hauswirtschaftlichen	—	1 978	10 011	10 320
Hemdenarbeiter	—	6 515	28 160	36 125
Glasarbeiter	1 944	5 643	16 859	14 890
Glaser	1 500	2 772	4 375	4 125
Handlungsgehilfen	—	1 770	8 750	11 528
Holzarbeiter	23 982	71 864	146 576	158 922
Putzmeister	2 665	3 232	7 005	8 975
Polier	—	—	875	862
Rupfer Schmiede	2 680	3 513	4 189	4 482
Rührer	—	—	1 341	4 369
Saagerhalter	—	862	2 091	2 393
Schneider	4 099	7 317	10 719	13 767
Schuhmacher	4 369	7 944	17 350	17 251
Sticker	4 767	14 308	39 485	42 692
Textilarbeiter	—	6 070	18 370	19 560
Metallarbeiter	11 842	82 228	175 019	173 626
Metallarbeiter	30 492	134 153	360 039	415 863
Polier	—	289	423	425
Porzellanarbeiter	5 112	8 245	12 974	12 418
Putzmeister	—	—	—	—
Schiffbauarbeiter	1 112	3 560	10 597	12 121
Schiffbauarbeiter	1 354	2 092	3 939	4 070
Schmiede	1 700	7 244	15 198	15 044
Schneider	6 372	18 680	39 306	42 152
Schuhmacher	10 150	20 583	37 097	39 854
Steinarbeiter	—	8 000	17 816	20 267
Steinsetzer	1 926	4 424	10 356	10 536
Stoffarbeiter	400	2 553	7 361	8 310
Tabakarbeiter	11 079	17 333	28 556	32 645
Tapezierer	1 044	4 735	8 215	9 116
Textilarbeiter	6 939	46 805	127 242	125 207
Töpfer	—	8 627	10 339	11 385
Transportarbeiter	2 194	36 143	119 623	140 294
Typographen	—	—	502	470
Zigarrenfabrikanten	480	1 120	2 901	3 090
Zimmerer	8 371	24 502	51 119	54 908
Zirkulararbeiter	—	537	1 642	1 853

Für die Jahre 1892, 1902, 1908 und 1910 ergeben sich im Jahresdurchschnitt die folgenden Mitgliederziffern: 227.023; 733.206; 1.831.731; 2.017.913. Ende 1910 war die Zahl, wie schon oben angegeben, erheblich höher! Sie ist jetzt noch mehr gestiegen.

Allgemeiner Fortschritt ist das Kennzeichen aller freien Gewerkschaftsorganisationen, wo wirklich kleine Mitgliederziffern zu melden sind, handelt es sich um außerordentliche Vorgänge in dem betreffenden Gewerbe selbst.

Wies in allem: Die deutsche Gewerkschaftsbewegung marschiert, und sie wird sich durch niemand mehr aufhalten lassen!

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 10. Juli.

Geschichtskalender.

11. Juli.

1791 Voltaires Nöche wird im Pantheon zu Paris beigelegt.

Von der Fürsorgeerziehung.

Die zwangsweise Fürsorgeerziehung Minderjähriger in Preußen nimmt immer größeren Umfang an. Nach einer im Preussischen Ministerium aufgestellten Statistik waren im Jahre 1910 in Preußen 46 191 Fürsorgezöglinge vorhanden. Mit der Durchführung der Fürsorgeerziehung waren 458 Anstalten und 3813 Erzieher beschäftigt. Im letzten Berichtsjahre 1909/1910 wurden 3063 Minderjährige der Fürsorgeerziehung überwiesen. Diese Zahl ist in keinem der Vorjahre erreicht worden; sie ist um 645 höher als im Jahre 1908/1909. Die Unterscheidung nach Altersgruppen ergibt, daß 356 Zöglinge bis 5 Jahre, 2165 zwischen 6 und 12 Jahre und 5487 von 12 bis 18 Jahre alt waren. Mehrere als 18 Jahre alte Personen können nicht zwangsweise in die Fürsorgeerziehung untergebracht werden. In der großen Vermehrung der Fürsorgezöglinge sind besonders die Jahrgänge von 12 bis 18 Jahren beteiligt. Die 8008 überwiesenen Zöglinge stammen aus 6721 Familien. Das Ministerium gibt an, daß „Arbeitslos“, Trunksucht und geistige Minderwertigkeit der Eltern den hauptsächlichsten Grund der Vernachlässigung der Erziehung der Kinder bilden. 27 Mütter der im letzten Jahre Aufgenommenen hätten unter Sittenkontrolle gestanden. Bei mehr als einem Drittel aller Zöglinge seien die Eltern lasterhaft oder geistig minderwertig gewesen.

Für alle einsichtigen Menschen ist es klar, daß die sozialen Zustände die Hauptursache an etwaiger fehlerhafter Erziehung der Jugend tragen. Die kapitalistische Produktionsweise hat den Vater und die Mutter in das Joch der Fabrikarbeit gespannt und die Kinder sich selbst überlassen. Die Statistik zeigt, daß die ärmsten Familien den größten Teil der Zöglinge stellen. Die Familien mit einem Einkommen von unter 900 Mark jährlich waren die zahlreichsten.

Die Behörden sind von dem Erfolge ihrer „Erziehungsbemühungen“ höchst befriedigt. Die Statistik gibt an, daß bei 70 Prozent der männlichen und bei 68 Prozent der weiblichen Zöglinge die „berechtigten Erwartungen“ erfüllt worden seien. Im Jahre 1909/1910 sind als „gebessert“ aus der Fürsorgeerziehung entlassen worden 1621 männliche und 914 weibliche Zöglinge (62,2 bzw. 59,4 Prozent). Ein Teil wurde mit „weifelhaftem“ Erfolge entlassen und 485 männliche und 208 weibliche Zöglinge (18,7 bzw. 13,5 Prozent) wurden als „ungebessert“ verabschiedet. Die Frage, inwieweit Besserung oder nicht eingetreten ist, kann natürlich recht verschieden beurteilt werden. In weiten Kreisen ist die Meinung verbreitet, daß die Fürsorgeerziehung in ihrer ganzen jetzigen Art recht wenig Erfolg aufweisen kann. Eine Besserung der Erziehung der Jugend kann nur durch Besserung der sozialen Zustände, zum Beispiel Verkürzung der Arbeitszeit usw., erreicht werden.

Das Ministerium teilt in dem statistischen Bericht mit, daß die Ausführungsbehörden fortgesetzt bestrebt seien, die bestehenden Fürsorgeeinrichtungen zu vervollkommen und die „außerordentlich schwierigen Erziehungsaufgaben zweckmäßig zu lösen“. So sei die Aussicht über die Anstalten neu geordnet, es seien zum Teil neue Erziehungsinspektoren angestellt, das Dienststrafwesen neu geregelt, für verbesserte Ausbildung und Fortbildung des Erzieherpersonals Sorge getragen worden usw. Anregung haben hierzu besonders die Vorgänge in Mieltschin gegeben. Die dortigen Vorgänge dürfen, so sagt das Ministerium, nicht dazu verleiten, „die Grundsätze des Fürsorgeerziehungsgesetzes allgemein als verfehlt“, zu bezeichnen.

Trotz dieser Versicherung ist wohl unbestreitbar, daß in vielen Fällen mit der jetzigen Fürsorgeerziehung mehr Unheil als Besserung erreicht wird.

Die Volksschule, wie sie ist!

Die Schule sollte für das Leben vorbereiten und den Kindern gründliche Kenntnisse beibringen. Daß sie dieses Ziel heute nicht erreichen kann, darin sind alle Kenner unserer Schulzustände einig. So schreibt die Korrespondenz des deutschen Lehrervereins:

„Wie aber kann sie dieses Ziel erreichen, wenn in den Klassen 60, 70, 80 und mehr Kinder sitzen, wie das in vielen ländlichen und auch noch manchen städtischen Schulen der Fall ist? Die Grundfrage: „Vertiefliche die Eigenart der Kinder“, „Widme deine Kraft besonders den Schwachen“ werden da zum leeren Wortgeplänkel. An die Stelle eines lebenerweckenden, Selbsttätigkeit und Selbstständigkeit der Schüler fördernden, die Grundlagen für freie Persönlichkeitsentwicklung schaffenden Unterrichts tritt gar zu leicht Schablonisierung, Drill. Zwischen der Einsicht und dem Tun des Lehrers liegt dann ein Meer und auf diesem Grunde die gestaute pädagogische Ueberzeugung: „Menschenaquärel“ hat ja wohl der Kaiser die Arbeit in solchen überfüllten Klassen genannt. Sonst ist man so schnell bei der Hand, Anregungen, Wünsche, die von ihm auszufragen, zu verwirklichen. Warum macht die Herabsetzung des Schülerbestandes eine Ausnahme? Warum marschiert man hier nach dem Ziele: „Nur immer langsam voran“? Soviel ist sicher: der beste Gradmesser für ein tatkräftiges Wohlwollen auf dem Gebiete der Volksschule ist die Klassenfrequenz. Ist sie hoch, huldigt man der Ansicht, auf ein paar Schüler mehr oder weniger komme es nicht an, so wird dieser bedenkliche Mangel nicht auszugleichen durch allerlei Anwendungen für andere Zwecke der Jugendfürsorge. Warum unbesangene Beurteilung kann sich dann des Gedankens nicht erwehren, daß solche Ausgaben mehr dem Aufputz nach außen dienen, wenn nicht gar Mode- und Sportbetrieb ein Wort mit sprechen. Die Schule will man vergolden: den Kern achtet man geringer. So soll es nicht sein, sondern: das eine — soziale Fürsorge — tun, aber darunter das Wichtigste — die normale Beziehung der Klassen — nicht leiden lassen!“

Daß es gerade in den Volksschulen Schlesiens sehr traurig aussieht, bekämpft auch diese Stimme wieder aufs neue. Auf dem Lande gilt heute vielfach noch die junkerliche Ansicht, daß der dümmste Arbeiter der beste ist, weil er sich von seinem Herrn nach Herzenslust ausbeuten läßt. In den kleinen und mittleren Städten fehlt ebenfalls oft das nötige Verständnis für eine gute Volksschule, die ja oben drein Geld kostet. So bleibt es häufig bei den alten jammervollen Zuständen. Für unsere Genossen in den Gemeindevertretungen entsteht hieraus die wichtige Aufgabe, immer und immer wieder dem Bürgertum das Gewissen zu schärfen und die Forderungen zu erheben, die unser Kommunalprogramm vorschreibt.

* Was ist ein Plakat im Sinne des § 10 des preussischen Preßgesetzes? Das Anschlag, Anheften und Ausstellen von Bekanntmachungen, Plakaten und Aufrufen ist von einer vorherigen polizeilichen Erlaubnis abhängig. In

Die Presse und die proletarischen Frauen.

L.

Wir würden besser erzogene Kinder haben, wenn wir besser erzogene Mütter hätten.
Goethe.

Die tiefe Wahrheit und ernsthafte Bedeutung dieses Wortes ist vielleicht noch niemals und nirgends so klar und unverhüllt in Erleuchtung getreten, wie in dem Emanzipationskampfe der lohnarbeitenden Klasse, dessen Ebfisoden sich wichtig und übermächtig vor unseren Blicken entrollen. Welche Lehren birgt dieser Kampf für die noch indifferente Masse der Proletarierinnen, die dumpf und stumpf dahinvegetieren? — Erbauungswürdige Kreuzträgerinnen, denen die Weisheitslehre der Ausbeuter kaum noch ein schwaches Stöhnen entlocken, weil ihre Kraft gebrochen ist und jermüdet von der Größe ihres Martyriums. Wie endlos und düster ist der Zug der Glenden, die täglich, stündlich nach Golgatha pilgern, Männer, Weiber und Kinder in jammervollem Gemisch. Alle so mager und müd, die Augen schwer und rot, die bleichen Stirnen gezeichnet mit dem Stempel schmachtvoller Knechtschaft.

Um sie her lockt und lacht und gleißt das Leben. Der Frühling bringt Blumen und Vogelgesang und macht die Saaten in der feimfrohen Erde schwellen. Der Herbst schüttet Korn und Früchte in den Schoß der Welt, aber diese Unglückseligen müssen durch das Leber gehen ohne die Sonne, ohne Freude, ohne Glück. Sie wellen und vergehen, sie sterben und verderben in modrigen Kellern, unter zugigen, mochnen Dächern, ober hinter einer Pede, auf der Landstraße. Kein Lied, kein Selbenduch singt und sagt den Glücklichen von ihnen, und doch sind sie es, die alles schaffen müssen, was die Gesellschaft an Nützlichem und Schönerem konsumiert.

So stolz, prächtige Paläste, lustige Villen erheben, in denen die Nichtstuer gedankenlos ihrem Wohlleben fröhnen. Proletarierhände haben sie in mühseligem Schaffen aufgerichtet. Bei Frost und Reif, in Regenschauern und drückender Sonnenglut fügten sie Stein auf Stein. In tiefen, finsternen Schächten, in denen giftige Gase drohend lauern, dort schürfen die Bergleute nach Gold und Silber und edlem Gestein, mit dem die Reichen prahlen sich schmücken. Dort graben sie nach schwarzen, glänzenden Kohlen, die jenen die Gemächer behaglich durchwärmen, während daheim ihre eigene Brut mit frosterstarrem Leibe am kalten Herde lauert, wenn der Wintersturm durch die Ritze und Rissen der dünnen Wände pfeift.

Bleiche Proletarierfrauen, in häßliche Lippen gehüllt, Mädchen, die wie weiße Blüten die müden Köpfchen hängen lassen, stehen an saufenden Maschinen und spinnen Leinen, Wolle und Seide und weben sie zu herrlichen Stoffen, die in reichen Hallen die Glieder der vornehmen Damen wohligh umschließen. Was das Auge, das Ohr des Besizenden erfreut, was ihrem Gaumen behagt, das ihnen sonst gut dünkt zum Genusse, die Verhloren müssen es schaffen, selbst hungernd und darbdend ihr ganzes Leben lang. Warum das alles? Wie kommt es, daß eine Handvoll schmarogender Parasiten die Früchte des rastlosen Fleißes von Millionen sich aneignen dürfen, ohne für den frevel des stets sich erneuernden Raubes empfindlich gezüchtigt zu werden?

Die Wurzel aller Uebel, die das Proletariat bedrücken, liegt in dem System, das der kapitalistischen Wirtschaftsordnung zugrunde gelegt ist und das die Unterdrückung und Ausbeutung des Menschen durch den Menschen bedingt. Dieses System verurteilt die großen Massen der Fabrikarbeiter, die kein Kapital besitzen, um sich die nötigen Produktionsmittel, als: Maschinen, Rohstoffe u. dgl. zu verschaffen, dazu, die einzige Ware, die sie zum Austausch bringen können — ihre Arbeitskraft unter ihrem Werte an die Kapitalisten zu verkaufen. Diese gewinnen somit aus ihrer ökonomischen Ueberlegenheit das Monopol, die Proletarier nach Herzenslust schänden und ausbeuten zu können. Der würdige Sachwalter und Spiegelfeile des Kapitalismus, der heutige Klassenstaat vollendet auf politischem Gebiete, was jener auf wirtschaftlichem begonnen. Er knebelt und entwürdigt die Angehörigen der beklagten Klasse und vorenthält ihnen die politischen Rechte, deren sie für ihre sozialen Kämpfe bedürfen.

Vom Mutterleibe an liegt der Proletarier an der Kette der Knechtschaft, mit einem festen Maulkorb bedacht. Die Freiheit hiebt für ihn, wie so manches andere schöne Ideal, sein ganzes Leben lang eitel Schall und Rauch. Frei ist er — um in Elend zu sterben, wenn er sein Brot nicht mehr erarbeiten kann. Frei ist er — dem Bittel, der ihn heßt, wenn er an dem dreimal geheiligten Eigentum eines anderen sich vergreift. Frei ist er — um für das Vaterland auf dem Schlachtfelde zu verbluten. Für sein Vaterland! Er, der von der Scholle losgerissen, herumgetrieben wird von Ost nach Nord und West wie Dänenland im Winde. Der heimatslose, flüchtige Nomade, der stets bereit sein muß, sein Zelt dort aufzuschlagen, wo der Kapitalismus einer Arbeitskraft bedarf.

Diese Verhältnisse sind als Folgeerscheinungen der kapitalistischen Produktionsweise allen Ständen gemeinsam, in denen diese Fuß gefaßt hat. Sie sind wie ihr Nährvater, der Kapitalismus, international.

Wenn aber das System der Ausbeutung nicht halt macht vor den Schranken der Nationalität, wenn seine Träger, die

Bourgeois, über die Grenzen aller Vaterländer sich die Hände reichen, um gemeinsam das Proletariat um so leichter knechten zu können, so muß auch dieses vollends brechen mit den nationalen Vorurteilen, mit dem engen Begriff des „Vaterlands“.

Unser Vaterland ist die Welt! Alle Leidenden und Unterdrückten sind unsere Brüder, unsere Schwestern; die herrschenden Klassen aller Länder aber sind unsere Todfeinde, gegen die wir treulich zusammenstehen müssen im ersten Kampfe.

Aus aller Welt.

Das Erdbeben in Ungarn. Ein gewaltiges Erdbeben durchzog in der Nacht von Freitag auf Sonnabend die ungarische Tiefebene. Zuerst wurde das Beben in Budapest verspürt und zog dann bis an die slavonische Grenze. Erste Nachrichten kommen aus Kecskemet, wo erst im vorigen Jahre ein Erdbeben stattfand. Es blieb dort bei dem jetzigen Beben fast kein einziges Haus unbeschädigt. Schwarze Asche stürzte um und die Möbel in den Wohnungen wurden umgeworfen. Der ganze Stadt bemächtigte sich eine große Aufrichtung. Das Rathaus, das Pfarrhaus und mehrere Schulen wurden ernstlich beschädigt. Die Marienkirche in Kecskemet mußte gestürzt werden. Telegraph und Telephon sind gestört. Ein großer Teil der Geschäfte ist gesperrt. Der bisher konstatierte Schaden beträgt mehrere Millionen Kronen. Namentlich die im ärmeren Stadtteil von Kecskemet liegenden Häuser zeigen große Beschädigungen. In mehreren Häusern mußten die Bewohner ausquartiert werden, wobei das Militär Hilfe leistete. Heute nachmittag wurde bekannt, daß das Erdbeben zwei Todesopfer gefordert hat. Ferner sind zahlreiche Personen von den herabstürzenden Ziegelsteinen und Schornsteinen schwer verletzt. Mehrere von ihnen liegen im Sterben. In Szeged waren die Erdstöße so stark, daß eine Panik in der Bevölkerung entstand. Die Leute sprangen aus den Betten und eilten auf die Straße. Zahlreiche Rauchfänge stürzten ein. Insgesamt sind ungefähr zwanzig Häuser sehr stark beschädigt. Auch die Mauern der Jahrhunderte alten Reformierten Kirche zeigt zahlreiche Sprünge.

Von anderer Seite wird uns noch über die Folgen des Bebens in Kecskemet berichtet. Die Infanteriekaserne wurde derart beschädigt, daß die Soldaten umquartiert werden mußten. Die Wände des Rathauses sind dem Einsturz nahe. Die Kaserne ist ganz zerstört. Der Turm der Marienkirche und die Synagoge mußten geräumt werden. Die Gendarmen-Kaserne und ein Teil des Rathausgebäudes sind eingestürzt ebenso das Gebäude des Gerichtshofes. Auch die Synagoge

Preußen kommt darüber der § 10 des preussischen Preßgesetzes in Frage. Ihn sollte der Zeitungshändler Erunsch dadurch überreden haben, daß er ohne politische Genehmigung an seinen, mit einem Nemen umgebenen Druckschriften den Titel einer Druckchrift von Karl Schmidt über Wilhelm II. so angebracht hätte, daß sie als Plakat gewirkt habe. Das Landgericht Berlin sprach jedoch den Angeklagten frei und führte aus:

Dem Anschlag oder Umsetzen eines Plakats im Sinne des Gesetzes könne hier keine Rede sein. Der Angeklagte habe den Kasten herumgetragen, der Kasten sei also in Bewegung gewesen. Der Begriff des Plakats im Sinne des Preßgesetzes lege aber voraus die Befestigung der Druckchrift an einem leblosen festen Gegenstande. Somit sei Angeklagter freigesprochen.

Die Staatsanwaltschaft legte Revision ein und machte geltend, daß das Gesetz nicht zwischen beweglichen und unbeweglichen Plakaten unterscheidet. Der Zweck der Bestimmung sei, zu vermeiden, daß durch einen Anschlag dauernd das Publikum auf ihn aufmerksam gemacht werde. Dabei aber sei es gleichgültig, ob er an einem beweglichen oder einem unbeweglichen Gegenstand angebracht sei.

Das Kammergericht verwarf aber die Revision der Staatsanwaltschaft mit der Begründung, daß die Vorentscheidung ohne Rechtsirrtum ergangen sei. Besonders sei es richtig, wenn das Landgericht davon ausgeht, daß das Gesetz im Auge habe, einen Anschlag an einem festen leblosen Gegenstande. Das geht aus dem § 10 des preussischen Preßgesetzes in Verbindung mit § 30 Absatz 2 des Reichspreßgesetzes hervor. Ein Kasten aber, der herumgetragen werde, sei kein fester Gegenstand in diesem Sinne. Mit Recht sei Angeklagter freigesprochen worden.

Konferenz der schlesischen Zentralheizungs-Monteurs.

Im Gewerkschaftshause tagte am Sonntag zum ersten Male eine Konferenz der in der Heizungsbranche beschäftigten Monteurs Ober-, Mittel- und Niederschlesiens. Den Vorsitz führte Kollege Meißner. Der Zweck der Tagung bestand darin, die Vertreter darauf aufmerksam zu machen, daß es notwendig sei, für Schlesien einen Einheitslohn zu erreichen. Kollege Philipp hielt über die Wichtigkeit eines Einheitslohns einen längeren Vortrag.

Bekanntlich ist zwischen dem Metallarbeiter-Verbande und den Breslauer Firmen in der Heizungsbranche im April 1911 ein Tarifvertrag abgeschlossen worden, der die Lohn- und Arbeitsbedingungen für die Breslauer Monteurs festlegt. Der Mindestlohn für Monteurs beträgt im ersten Jahre 60 Pfg., im zweiten 63 Pfg., im dritten 65 Pfg., für Pflüsmonteurs 48, 50 und 53 Pfg., für Pfeifer 40 und 42 Pfg. Der Vertrag enthält jedoch folgende Bestimmung: Zur weiteren Durchführung der Vereinbarungen übernimmt der deutsche Metallarbeiter-Verband, Ortsverband Breslau, die Verpflichtung, dafür Sorge zu tragen, daß die Vereinbarungen von allen schlesischen Arbeitgebern, die sich mit der Herstellung von Heizungsanlagen befassen, anerkannt wird und zwar zunächst die Breslauer und Oberschlesischen Firmen bis zum 1. Oktober 1911. Sollte der Metallarbeiter-Verband dieser Verpflichtung nicht nachkommen, so steht es den Arbeitgebern frei, den Vertrag am 31. Dezember 1911 ohne Kündigung zu lösen. Weiter verpflichtet sich der Metallarbeiter-Verband, die anderen schlesischen Heizungsfirmen bis zum 31. März 1912 der Tarifgemeinschaft beizubringen, andernfalls die gleiche Wirkung wie vorstehend erfolgt.

Die Arbeitgeber übernehmen dagegen die Verpflichtung, Arbeitskräfte, die von Deutschen Metallarbeiter-Verbande bei Tarifuntreuen Firmen in Schlesien aus dem Arbeitsverhältnis genommen werden, nach Möglichkeit einzustellen. — Um der übernommenen Verpflichtung nachzukommen, berief die Ortsverwaltung die Konferenz ein.

In der regen Aussprache wurde von den Vertretern über die Verhältnisse in den Verwaltungsstellen berichtet und anerkannt, daß die Durchführung eines Einheitslohns durchaus erforderlich sei. Einmütig wurde folgende Resolution angenommen:

„Eine am 9. Juli tagende Konferenz der schlesischen Heizungsmonteurs erkennt die Notwendigkeit der im Breslauer Tarif verlangten Durchführung eines Einheitslohns für Schlesien an. Die Delegierten werden verpflichtet, in ihren Verwaltungsstellen dahin zu wirken, daß unverzüglich an die Verantwortlichen dieses Gebankens herangegangen wird. Allmonatlich ist ein Bericht über den Stand der Bewegung der Bezirksleitung zu übermitteln.“

Die Erreichung eines paritätischen Arbeitsnachweises für das Gastwirts- und Kellnerberufe in Breslau. Ueber mehrere Gastwirts- und Kellnervereine in Breslau. Ueber Erreichung ist man aber in einer jüngst abgehaltenen gemeinschaftlichen Sitzung nicht hinausgekommen; besonders handelt es sich um die finanzielle Unterlage, die nicht gesichert ist. Man rechnet auf behörbliche Unterstützung durch Hergabe der Büroräume, Gewährung von Beleuchtung, Schreibmaterialien, Anstellung eines Oberaufsichtsbeamten usw. Trotzdem wären noch 10.000 Mark nötig, um den Arbeitsnachweis ins Leben zu rufen. Da dieser Betrag von den Beteiligten offenbar nicht aufgebracht werden kann, wollen sie mit dem Magistrat nochmals darüber verhandeln, wie er das Unternehmen fördern soll.

In der Sitzung wurde festgestellt, daß im Breslauer Gastwirts- und Kellnerberufe 1500 Arbeitgeber und 810 Arbeitnehmer organisiert sind. Die Organisation der selbständigen Restaurateure, Saalbesitzer, Hoteliers usw. ist also bedeutend besser, als die der Gastwirtsgehilfen. Nach der Berufszählung von 1907 hatte das Schank- und Gastwirtsberufe in Breslau 2792 Selbständige, aber mehr als 4800 Arbeiter und Arbeiterinnen. Die Organisation der Gastwirtsgehilfen und -gehilfinen läßt also noch sehr viel zu wünschen übrig, obwohl sie gerade bei ihnen sehr notwendig wäre.

Der unerfährliche Steuerfiskus. Der Handelsmann Heinrich Mittendorf hatte im Jahre 1908 eine sogenannte Auflegebahn auf der Schwedenschanze errichtet, um geringwertige Uhren damit auszuliefern. Ein Genarm, der das Spiel zum ersten Male sah, beschlagnahmte sofort die Uhren, weil nach § 56 des Gew.-Ordn. wertvollere Uhren vom Handel im Umvertrieben ausgeschlossen sind. Dieses Vorgehen des Genarmen erwies sich aber als unberechtigt, und die Uhren mußten wieder freigegeben werden. Damit war die Sache für ihn jedoch noch lange nicht erledigt. Das Spiel wurde jetzt als Glücksspiel angesehen. Daraus wurde auch nichts, denn der Handelsmann konnte sich auf mehrere Gerichtsentscheidungen berufen, wonach die „Auflegebahn“ als reines Geschicksspiel erklärt worden war. Da der Amtsvorsteher das Spiel erlaubt hatte, konnte auch eine unzulässige öffentliche Auspielung“ darin nicht gesehen werden. Schließlich wurde der Handelsmann doch noch gefaßt. Er hätte nämlich seinen Wandergewerbeschein, obwohl er kein Gewerbe ordnungsmäßig angemeldet und versteuert hatte. Sofort erhielt er einen Strafbefehl über 96 Mark wegen Gewerbeunterverletzung. Nachdem sich der Prozeß volle drei Jahre hingezogen hatte, beträgt jetzt das Schöffengericht in Breslau den Strafbefehl, der das doppelte der Steuer ausmachte.

Zum Streit der Feilenarbeiter wird uns geschrieben: Der Streit dauert unverändert weiter. Ein vom Vorsitzenden des Gewerbegerichts erneut vorgenommener Einigungsversuch kam nicht zustande, da die Arbeitgeber Verhandlungen ablehnten. Die Arbeitgeber brüsten sich mit ihren angeblich mit Arbeitern besetzten Werkstätten; wir können jedoch feststellen, daß nicht ein einziger Feilenhauer in den Betrieben tätig ist. Die Arbeit, die jetzt hergestellt wird, machen Vorarbeiter mit Hilfe einer großen Zahl von Hilfsarbeitern. Was da für Feilen herauskommen werden, ist nicht zu beschreiben. Wir behauern nur die armen Schloffer, die mit solchen Dingen feilen müssen. Keine Mühe wird unternommen, die Streikenden zum Streibbruch zu verleiten, selbstverständlich vergebens. Das katholische Arbeitersekretariat vermittelt jetzt Streibbrecher und schickt Arbeiter aller möglicher Berufe. Die Mut der Arbeitgeber über das feste Zusammenstehen zeitigt bereits prächtige Blüten. Ein Arbeitgeber drohte, einen Streikposten an die Wand zu schlagen, daß das Gehirn herumspriht. Der Bedrohte war viele Jahre bei ihm tätig. Einen andern Streikenden will er mit einem Kasten erschlagen, wenn er sich von ihm lösen läßt. Fürwahr, Gemütsmenschen! Allerdings geschieht diesem Mann wegen dieser Bedrohung nichts. Die Arbeitgeber erlauben sich alles Mögliche. Der Arbeiter dagegen soll nicht einmal Streikposten stehen. Auf der Friedrich-Wilhelmstraße ist die Polizei besonders dienstfertig. Fast jeder Passant, der aus irgend welchem Grunde stehen bleibt, macht sich verdächtig und wird weggeführt. Es fällt besonders auf, daß Kinder

in größerer Anzahl vor dem Grundstück Friedrich-Wilhelmstraße Nr. 80 stehen bleiben. Werden etwa die Kinder in der Schule auf den Streik aufmerksam gemacht? Vielleicht stellt einmal die Schulverwaltung darüber Ermittlungen an. Denn wir sind der Meinung, daß solche Dinge nicht in die Schule gehören. Die Streikenden lassen sich im übrigen durch nichts aus ihrer Ruhe bringen. Wären sie weniger besonnene Leute, so wäre es vielleicht schon zu Zusammenstößen gekommen, was anscheinend der heißeste Wunsch der Scharfmacher ist. Die Herren werden sich aber täuschen; die Streikenden bewahren ihre Ruhe und werden aushalten, bis auch wieder bei den Arbeitgebern die Vernunft die Oberhand gewinnt.

Studierende Frauen an der Breslauer Universität. Im laufenden Sommersemester sind an der hiesigen Universität, 128 Frauen eingeschrieben. Von diesen studieren 18 Medizin, 7 Zahnheilkunde, 68 alte und neuere Philologie und Geschichte, 1 Pharmazie, 7 sonstige Studienschüler der philosophischen Fakultät. Im vorigen Sommersemester studierten 100 Frauen, im letzten Wintersemester 117. Außerdem haben 79 Frauen vom Rektor die Erlaubnis erhalten, als Gasthörerinnen die Vorlesungen zu hören.

Die „Concordia“, Güter-Schiffer-Genossenschaft e. G. m. b. H., hielt auf Antrag des Vorstandes am 8. Juli im Saal der Concordia eine außerordentliche Generalversammlung ab, in der über das Fortbestehen der Genossenschaft beraten werden sollte. Die stark besuchte Versammlung beschloß einstimmig die Auflösung der Genossenschaft, die noch nicht zwei Jahre bestanden hatte. Die übrige Tagesordnung erledigte sich damit von selbst.

Patentschriften in der städtischen Beschalle. Der Magistrat gibt bekannt, daß die bisher in der Stadtbibliothek aufbewahrte Sammlung aller Patentschriften des Deutschen Reiches jetzt in der städtischen Beschalle Nr. 4, Sadomastraße (am Leichackerpark), untergebracht ist. Die Patentschriften können dort im oberen Saale an den Wochentagen von 10—2 Uhr und von 6—10 Uhr von jedermann benützt und von 10—2 Uhr auch ins Haus gegen Ausweis und Quittung entliehen werden. In demselben Saale liegen über hundert wertvolle technische Zeitschriften, das Patentblatt und das Warenzeichenblatt aus.

Auf dem Palaisplatz ist dieser Tage mit dem Bau der großen Festhalle für das Breslauer Jubiläum begonnen worden; sie ist für 7000 bis 8000 Personen berechnet, die sie am 3. August beim Festakt und Festkommers aufnehmen soll. Die Halle wird von der Firma Stromeyer in Konstanz errichtet.

Staatlicher Polizeiarrest für Dampfkeßelwärter. In der Zeit vom 13. bis 28. November und vom 4. bis 18. Dezember 1911 werden hier in der königlichen höheren Maschinenbauschule, Lehndamm 55, staatliche Polizeiarrest für solche Keßelwärter abgehalten werden, die bereits eine mindestens einjährige praktische Tätigkeit nachweisen können. Das Schulgeld für den Kursus beträgt 6 Mark. Anmeldungen zum Kursus sind an Herrn Gewerbeinspektor Kaufmann in Breslau, Lehndamm Nr. 73, 1. Etg., zu richten, bei dem auch Anmeldebücher und Programme zu haben sind.

Neue Straßennamen. Der Straße, die östlich der Gählerstraße mit dieser gleichlaufend von der Kurassier- bis zur Menzelstraße führt, hat der Polizeipräsident den Namen Friedrich-Wilhelmstraße gegeben. Die Straße, die westlich der Kaiser-Wilhelmstraße mit dieser gleichlaufend von der Menzelstraße bis zur Oranienstraße führt, heißt Frobenstraße. Die Straße, die westlich der Kaiser-Wilhelmstraße mit dieser gleichlaufend von der Menzelstraße bis zur Oranienstraße führt, heißt Schönluststraße. Die Straße, die südlich der Menzelstraße und mit dieser gleichlaufend von der Kaiser-Wilhelmstraße bis zur Fehrbellinstraße führt, Oranienstraße und endlich heißt die bisherige Schulstraße in Gräbichen Fröbelstraße.

Perffingerstraße. Der Straße, die westlich der Kaiser-Wilhelmstraße mit dieser gleichlaufend von der Kurassierstraße bis zur Oranienstraße führt, hat der Polizeipräsident den Namen Perffingerstraße gegeben.

Ein „schauerlicher Zeichenfund“ sollte am Sonnabend vormittag am Kapellenberge in Ostrow gemacht worden sein; man sprach von einer „zerstückelten männlichen Leiche“ und war in großer Aufregung. Wie die „Schles. Jtg.“ mitteilt, ist die Beichte sehr unklar. In Wirklichkeit hat ein hiesiger Präparator einen Leichnam vergraben, um durch die Weissen das Skelett von den Fleischteilen befreien zu lassen. Es ist das ein bekanntes und übliches Verfahren, und die Anektion pflegen das Skeletieren sehr sauber zu besorgen. Aber aufregend ist nichts an der Geschichte.

und das Theater haben stark gelitten. Das Dach des Theaters ist teilweise eingestürzt. Aus allen Teilen des Landes treffen Nachrichten über das Erdbeben ein. In Hagnorow sollen durch den Einsturz einer Mauer zwei Personen getötet worden sein.

Dreizehn Personen bei einem Bootunglück ertrunken. Ein schweres Bootunglück, das 13 Menschenleben zum Opfer fielen, hat sich am Sonnabend in Norwegen ereignet. In dem abgelegenen Svalbardalen am inneren Eilandsfjord (Nordland) wollten 13 Personen auf dem Wege zur Kirche, die eine Tagesreise von ihrer Heimat liegt, in einem schwachen Boote über einen Gebirgsstrom legen, der infolge der Schneeschmelze hoch wasser führt. Plötzlich im Strom wurde das Boot led und sank. Alle Insassen wurden von dem verzerrten Strom zu einem tobenenden Wasserfall hinabgerissen, in dem sie verunglückten. 13 Männer, Frauen und Kinder ertranken. Ihre Leichen wurden vom Strom fortgerissen und konnten bisher noch nicht geborgen werden. Vom Ufer aus wurde das Unglück bemerkt, die Jungen konnten aber den uns Leben Ringenden keine Hilfe bringen.

Der deutsche Landtag. Die gestern in Berlin erwartete Heimkehr der Reichstagesmitglieder am dem deutschen Landtag ist durch den stürmischen Wind, der am Sonnabend einsetzte und auch den ganzen Sonntag anhielt, verzerrt worden. Landtage harrten auf dem Flugplatz in Johannisthal bis zu früher Nachmittag auf die Ankunft der Mitglieder. Schließlich mußten sie betriebl. betriebl. gehen; vom Startplatz Haidbergstadt traf die Nachricht ein, daß es ausbleiben sei bei dem herrschenden Sturm zu fliegen. Während der Nacht hat sich der Wind gelegt und heute früh sind bei herrlichen Wetter von Halberstadt aus sechs Mitglieder des Reichstages am 1. 31 Uhr, Weimarer am 2. 31 Uhr, Bamberger am 3. 31 Uhr, Wiesbadener am 4. 31 Uhr, Schweriner am 5. 31 Uhr, Regensburger am 6. 31 Uhr, Wiesbadener am 7. 31 Uhr, Wiesbadener am 8. 31 Uhr, Wiesbadener am 9. 31 Uhr, Wiesbadener am 10. 31 Uhr, Wiesbadener am 11. 31 Uhr, Wiesbadener am 12. 31 Uhr, Wiesbadener am 13. 31 Uhr, Wiesbadener am 14. 31 Uhr, Wiesbadener am 15. 31 Uhr, Wiesbadener am 16. 31 Uhr, Wiesbadener am 17. 31 Uhr, Wiesbadener am 18. 31 Uhr, Wiesbadener am 19. 31 Uhr, Wiesbadener am 20. 31 Uhr, Wiesbadener am 21. 31 Uhr, Wiesbadener am 22. 31 Uhr, Wiesbadener am 23. 31 Uhr, Wiesbadener am 24. 31 Uhr, Wiesbadener am 25. 31 Uhr, Wiesbadener am 26. 31 Uhr, Wiesbadener am 27. 31 Uhr, Wiesbadener am 28. 31 Uhr, Wiesbadener am 29. 31 Uhr, Wiesbadener am 30. 31 Uhr, Wiesbadener am 31. 31 Uhr, Wiesbadener am 1. 31 Uhr, Wiesbadener am 2. 31 Uhr, Wiesbadener am 3. 31 Uhr, Wiesbadener am 4. 31 Uhr, Wiesbadener am 5. 31 Uhr, Wiesbadener am 6. 31 Uhr, Wiesbadener am 7. 31 Uhr, Wiesbadener am 8. 31 Uhr, Wiesbadener am 9. 31 Uhr, Wiesbadener am 10. 31 Uhr, Wiesbadener am 11. 31 Uhr, Wiesbadener am 12. 31 Uhr, Wiesbadener am 13. 31 Uhr, Wiesbadener am 14. 31 Uhr, Wiesbadener am 15. 31 Uhr, Wiesbadener am 16. 31 Uhr, Wiesbadener am 17. 31 Uhr, Wiesbadener am 18. 31 Uhr, Wiesbadener am 19. 31 Uhr, Wiesbadener am 20. 31 Uhr, Wiesbadener am 21. 31 Uhr, Wiesbadener am 22. 31 Uhr, Wiesbadener am 23. 31 Uhr, Wiesbadener am 24. 31 Uhr, Wiesbadener am 25. 31 Uhr, Wiesbadener am 26. 31 Uhr, Wiesbadener am 27. 31 Uhr, Wiesbadener am 28. 31 Uhr, Wiesbadener am 29. 31 Uhr, Wiesbadener am 30. 31 Uhr, Wiesbadener am 31. 31 Uhr, Wiesbadener am 1. 31 Uhr, Wiesbadener am 2. 31 Uhr, Wiesbadener am 3. 31 Uhr, Wiesbadener am 4. 31 Uhr, Wiesbadener am 5. 31 Uhr, Wiesbadener am 6. 31 Uhr, Wiesbadener am 7. 31 Uhr, Wiesbadener am 8. 31 Uhr, Wiesbadener am 9. 31 Uhr, Wiesbadener am 10. 31 Uhr, Wiesbadener am 11. 31 Uhr, Wiesbadener am 12. 31 Uhr, Wiesbadener am 13. 31 Uhr, Wiesbadener am 14. 31 Uhr, Wiesbadener am 15. 31 Uhr, Wiesbadener am 16. 31 Uhr, Wiesbadener am 17. 31 Uhr, Wiesbadener am 18. 31 Uhr, Wiesbadener am 19. 31 Uhr, Wiesbadener am 20. 31 Uhr, Wiesbadener am 21. 31 Uhr, Wiesbadener am 22. 31 Uhr, Wiesbadener am 23. 31 Uhr, Wiesbadener am 24. 31 Uhr, Wiesbadener am 25. 31 Uhr, Wiesbadener am 26. 31 Uhr, Wiesbadener am 27. 31 Uhr, Wiesbadener am 28. 31 Uhr, Wiesbadener am 29. 31 Uhr, Wiesbadener am 30. 31 Uhr, Wiesbadener am 31. 31 Uhr, Wiesbadener am 1. 31 Uhr, Wiesbadener am 2. 31 Uhr, Wiesbadener am 3. 31 Uhr, Wiesbadener am 4. 31 Uhr, Wiesbadener am 5. 31 Uhr, Wiesbadener am 6. 31 Uhr, Wiesbadener am 7. 31 Uhr, Wiesbadener am 8. 31 Uhr, Wiesbadener am 9. 31 Uhr, Wiesbadener am 10. 31 Uhr, Wiesbadener am 11. 31 Uhr, Wiesbadener am 12. 31 Uhr, Wiesbadener am 13. 31 Uhr, Wiesbadener am 14. 31 Uhr, Wiesbadener am 15. 31 Uhr, Wiesbadener am 16. 31 Uhr, Wiesbadener am 17. 31 Uhr, Wiesbadener am 18. 31 Uhr, Wiesbadener am 19. 31 Uhr, Wiesbadener am 20. 31 Uhr, Wiesbadener am 21. 31 Uhr, Wiesbadener am 22. 31 Uhr, Wiesbadener am 23. 31 Uhr, Wiesbadener am 24. 31 Uhr, Wiesbadener am 25. 31 Uhr, Wiesbadener am 26. 31 Uhr, Wiesbadener am 27. 31 Uhr, Wiesbadener am 28. 31 Uhr, Wiesbadener am 29. 31 Uhr, Wiesbadener am 30. 31 Uhr, Wiesbadener am 31. 31 Uhr, Wiesbadener am 1. 31 Uhr, Wiesbadener am 2. 31 Uhr, Wiesbadener am 3. 31 Uhr, Wiesbadener am 4. 31 Uhr, Wiesbadener am 5. 31 Uhr, Wiesbadener am 6. 31 Uhr, Wiesbadener am 7. 31 Uhr, Wiesbadener am 8. 31 Uhr, Wiesbadener am 9. 31 Uhr, Wiesbadener am 10. 31 Uhr, Wiesbadener am 11. 31 Uhr, Wiesbadener am 12. 31 Uhr, Wiesbadener am 13. 31 Uhr, Wiesbadener am 14. 31 Uhr, Wiesbadener am 15. 31 Uhr, Wiesbadener am 16. 31 Uhr, Wiesbadener am 17. 31 Uhr, Wiesbadener am 18. 31 Uhr, Wiesbadener am 19. 31 Uhr, Wiesbadener am 20. 31 Uhr, Wiesbadener am 21. 31 Uhr, Wiesbadener am 22. 31 Uhr, Wiesbadener am 23. 31 Uhr, Wiesbadener am 24. 31 Uhr, Wiesbadener am 25. 31 Uhr, Wiesbadener am 26. 31 Uhr, Wiesbadener am 27. 31 Uhr, Wiesbadener am 28. 31 Uhr, Wiesbadener am 29. 31 Uhr, Wiesbadener am 30. 31 Uhr, Wiesbadener am 31. 31 Uhr, Wiesbadener am 1. 31 Uhr, Wiesbadener am 2. 31 Uhr, Wiesbadener am 3. 31 Uhr, Wiesbadener am 4. 31 Uhr, Wiesbadener am 5. 31 Uhr, Wiesbadener am 6. 31 Uhr, Wiesbadener am 7. 31 Uhr, Wiesbadener am 8. 31 Uhr, Wiesbadener am 9. 31 Uhr, Wiesbadener am 10. 31 Uhr, Wiesbadener am 11. 31 Uhr, Wiesbadener am 12. 31 Uhr, Wiesbadener am 13. 31 Uhr, Wiesbadener am 14. 31 Uhr, Wiesbadener am 15. 31 Uhr, Wiesbadener am 16. 31 Uhr, Wiesbadener am 17. 31 Uhr, Wiesbadener am 18. 31 Uhr, Wiesbadener am 19. 31 Uhr, Wiesbadener am 20. 31 Uhr, Wiesbadener am 21. 31 Uhr, Wiesbadener am 22. 31 Uhr, Wiesbadener am 23. 31 Uhr, Wiesbadener am 24. 31 Uhr, Wiesbadener am 25. 31 Uhr, Wiesbadener am 26. 31 Uhr, Wiesbadener am 27. 31 Uhr, Wiesbadener am 28. 31 Uhr, Wiesbadener am 29. 31 Uhr, Wiesbadener am 30. 31 Uhr, Wiesbadener am 31. 31 Uhr, Wiesbadener am 1. 31 Uhr, Wiesbadener am 2. 31 Uhr, Wiesbadener am 3. 31 Uhr, Wiesbadener am 4. 31 Uhr, Wiesbadener am 5. 31 Uhr, Wiesbadener am 6. 31 Uhr, Wiesbadener am 7. 31 Uhr, Wiesbadener am 8. 31 Uhr, Wiesbadener am 9. 31 Uhr, Wiesbadener am 10. 31 Uhr, Wiesbadener am 11. 31 Uhr, Wiesbadener am 12. 31 Uhr, Wiesbadener am 13. 31 Uhr, Wiesbadener am 14. 31 Uhr, Wiesbadener am 15. 31 Uhr, Wiesbadener am 16. 31 Uhr, Wiesbadener am 17. 31 Uhr, Wiesbadener am 18. 31 Uhr, Wiesbadener am 19. 31 Uhr, Wiesbadener am 20. 31 Uhr, Wiesbadener am 21. 31 Uhr, Wiesbadener am 22. 31 Uhr, Wiesbadener am 23. 31 Uhr, Wiesbadener am 24. 31 Uhr, Wiesbadener am 25. 31 Uhr, Wiesbadener am 26. 31 Uhr, Wiesbadener am 27. 31 Uhr, Wiesbadener am 28. 31 Uhr, Wiesbadener am 29. 31 Uhr, Wiesbadener am 30. 31 Uhr, Wiesbadener am 31. 31 Uhr, Wiesbadener am 1. 31 Uhr, Wiesbadener am 2. 31 Uhr, Wiesbadener am 3. 31 Uhr, Wiesbadener am 4. 31 Uhr, Wiesbadener am 5. 31 Uhr, Wiesbadener am 6. 31 Uhr, Wiesbadener am 7. 31 Uhr, Wiesbadener am 8. 31 Uhr, Wiesbadener am 9. 31 Uhr, Wiesbadener am 10. 31 Uhr, Wiesbadener am 11. 31 Uhr, Wiesbadener am 12. 31 Uhr, Wiesbadener am 13. 31 Uhr, Wiesbadener am 14. 31 Uhr, Wiesbadener am 15. 31 Uhr, Wiesbadener am 16. 31 Uhr, Wiesbadener am 17. 31 Uhr, Wiesbadener am 18. 31 Uhr, Wiesbadener am 19. 31 Uhr, Wiesbadener am 20. 31 Uhr, Wiesbadener am 21. 31 Uhr, Wiesbadener am 22. 31 Uhr, Wiesbadener am 23. 31 Uhr, Wiesbadener am 24. 31 Uhr, Wiesbadener am 25. 31 Uhr, Wiesbadener am 26. 31 Uhr, Wiesbadener am 27. 31 Uhr, Wiesbadener am 28. 31 Uhr, Wiesbadener am 29. 31 Uhr, Wiesbadener am 30. 31 Uhr, Wiesbadener am 31. 31 Uhr, Wiesbadener am 1. 31 Uhr, Wiesbadener am 2. 31 Uhr, Wiesbadener am 3. 31 Uhr, Wiesbadener am 4. 31 Uhr, Wiesbadener am 5. 31 Uhr, Wiesbadener am 6. 31 Uhr, Wiesbadener am 7. 31 Uhr, Wiesbadener am 8. 31 Uhr, Wiesbadener am 9. 31 Uhr, Wiesbadener am 10. 31 Uhr, Wiesbadener am 11. 31 Uhr, Wiesbadener am 12. 31 Uhr, Wiesbadener am 13. 31 Uhr, Wiesbadener am 14. 31 Uhr, Wiesbadener am 15. 31 Uhr, Wiesbadener am 16. 31 Uhr, Wiesbadener am 17. 31 Uhr, Wiesbadener am 18. 31 Uhr, Wiesbadener am 19. 31 Uhr, Wiesbadener am 20. 31 Uhr, Wiesbadener am 21. 31 Uhr, Wiesbadener am 22. 31 Uhr, Wiesbadener am 23. 31 Uhr, Wiesbadener am 24. 31 Uhr, Wiesbadener am 25. 31 Uhr, Wiesbadener am 26. 31 Uhr, Wiesbadener am 27. 31 Uhr, Wiesbadener am 28. 31 Uhr, Wiesbadener am 29. 31 Uhr, Wiesbadener am 30. 31 Uhr, Wiesbadener am 31. 31 Uhr, Wiesbadener am 1. 31 Uhr, Wiesbadener am 2. 31 Uhr, Wiesbadener am 3. 31 Uhr, Wiesbadener am 4. 31 Uhr, Wiesbadener am 5. 31 Uhr, Wiesbadener am 6. 31 Uhr, Wiesbadener am 7. 31 Uhr, Wiesbadener am 8. 31 Uhr, Wiesbadener am 9. 31 Uhr, Wiesbadener am 10. 31 Uhr, Wiesbadener am 11. 31 Uhr, Wiesbadener am 12. 31 Uhr, Wiesbadener am 13. 31 Uhr, Wiesbadener am 14. 31 Uhr, Wiesbadener am 15. 31 Uhr, Wiesbadener am 16. 31 Uhr, Wiesbadener am 17. 31 Uhr, Wiesbadener am 18. 31 Uhr, Wiesbadener am 19. 31 Uhr, Wiesbadener am 20. 31 Uhr, Wiesbadener am 21. 31 Uhr, Wiesbadener am 22. 31 Uhr, Wiesbadener am 23. 31 Uhr, Wiesbadener am 24. 31 Uhr, Wiesbadener am 25. 31 Uhr, Wiesbadener am 26. 31 Uhr, Wiesbadener am 27. 31 Uhr, Wiesbadener am 28. 31 Uhr, Wiesbadener am 29. 31 Uhr, Wiesbadener am 30. 31 Uhr, Wiesbadener am 31. 31 Uhr, Wiesbadener am 1. 31 Uhr, Wiesbadener am 2. 31 Uhr, Wiesbadener am 3. 31 Uhr, Wiesbadener am 4. 31 Uhr, Wiesbadener am 5. 31 Uhr, Wiesbadener am 6. 31 Uhr, Wiesbadener am 7. 31 Uhr, Wiesbadener am 8. 31 Uhr, Wiesbadener am 9. 31 Uhr, Wiesbadener am 10. 31 Uhr, Wiesbadener am 11. 31 Uhr, Wiesbadener am 12. 31 Uhr, Wiesbadener am 13. 31 Uhr, Wiesbadener am 14. 31 Uhr, Wiesbadener am 15. 31 Uhr, Wiesbadener am 16. 31 Uhr, Wiesbadener am 17. 31 Uhr, Wiesbadener am 18. 31 Uhr, Wiesbadener am 19. 31 Uhr, Wiesbadener am 20. 31 Uhr, Wiesbadener am 21. 31 Uhr, Wiesbadener am 22. 31 Uhr, Wiesbadener am 23. 31 Uhr, Wiesbadener am 24. 31 Uhr, Wiesbadener am 25. 31 Uhr, Wiesbadener am 26. 31 Uhr, Wiesbadener am 27. 31 Uhr, Wiesbadener am 28. 31 Uhr, Wiesbadener am 29. 31 Uhr, Wiesbadener am 30. 31 Uhr, Wiesbadener am 31. 31 Uhr, Wiesbadener am 1. 31 Uhr, Wiesbadener am 2. 31 Uhr, Wiesbadener am 3. 31 Uhr, Wiesbadener am 4. 31 Uhr, Wiesbadener am 5. 31 Uhr, Wiesbadener am 6. 31 Uhr, Wiesbadener am 7. 31 Uhr, Wiesbadener am 8. 31 Uhr, Wiesbadener am 9. 31 Uhr, Wiesbadener am 10. 31 Uhr, Wiesbadener am 11. 31 Uhr, Wiesbadener am 12. 31 Uhr, Wiesbadener am 13. 31 Uhr, Wiesbadener am 14. 31 Uhr, Wiesbadener am 15. 31 Uhr, Wiesbadener am 16. 31 Uhr, Wiesbadener am 17. 31 Uhr, Wiesbadener am 18. 31 Uhr, Wiesbadener am 19. 31 Uhr, Wiesbadener am 20. 31 Uhr, Wiesbadener am 21. 31 Uhr, Wiesbadener am 22. 31 Uhr, Wiesbadener am 23. 31 Uhr, Wiesbadener am 24. 31 Uhr, Wiesbadener am 25. 31 Uhr, Wiesbadener am 26. 31 Uhr, Wiesbadener am 27. 31 Uhr, Wiesbadener am 28. 31 Uhr, Wiesbadener am 29. 31 Uhr, Wiesbadener am 30. 31 Uhr, Wiesbadener am 31. 31 Uhr, Wiesbadener am 1. 31 Uhr, Wiesbadener am 2. 31 Uhr, Wiesbadener am 3. 31 Uhr, Wiesbadener am 4. 31 Uhr, Wiesbadener am 5. 31 Uhr, Wiesbadener am 6. 31 Uhr, Wiesbadener am 7. 31 Uhr, Wiesbadener am 8. 31 Uhr, Wiesbadener am 9. 31 Uhr, Wiesbadener am 10. 31 Uhr, Wiesbadener am 11. 31 Uhr, Wiesbadener am 12. 31 Uhr, Wiesbadener am 13. 31 Uhr, Wiesbadener am 14. 31 Uhr, Wiesbadener am 15. 31 Uhr, Wiesbadener am 16. 31 Uhr, Wiesbadener am 17. 31 Uhr, Wiesbadener am 18. 31 Uhr, Wiesbadener am 19. 31 Uhr, Wiesbadener am 20. 31 Uhr, Wiesbadener am 21. 31 Uhr, Wiesbadener am 22. 31 Uhr, Wiesbadener am 23. 31 Uhr, Wiesbadener am 24. 31 Uhr, Wiesbadener am 25. 31 Uhr, Wiesbadener am 26. 31 Uhr, Wiesbadener am 27. 31 Uhr, Wiesbadener am 28. 31 Uhr, Wiesbadener am 29. 31 Uhr, Wiesbadener am 30. 31 Uhr, Wiesbadener am 31. 31 Uhr, Wiesbadener am 1. 31 Uhr, Wiesbadener am 2. 31 Uhr, Wiesbadener am 3. 31 Uhr, Wiesbadener am 4. 31 Uhr, Wiesbadener am 5. 31 Uhr, Wiesbadener am 6. 31 Uhr, Wiesbadener am 7. 31 Uhr, Wiesbadener am 8. 31 Uhr, Wiesbadener am 9. 31 Uhr, Wiesbadener am 10. 31 Uhr, Wiesbadener am 11. 31 Uhr, Wiesbadener am 12. 31 Uhr, Wiesbadener am 13. 31 Uhr, Wiesbadener am 14. 31 Uhr, Wiesbadener am 15. 31 Uhr, Wiesbadener am 16. 31 Uhr, Wiesbadener am 17. 31 Uhr, Wiesbadener am 18. 31 Uhr, Wiesbadener am 19. 31 Uhr, Wiesbadener am 20. 31 Uhr, Wiesbadener am 21. 31 Uhr, Wiesbadener am 22. 31 Uhr, Wiesbadener am 23. 31 Uhr, Wiesbadener am 24. 31 Uhr, Wiesbadener am 25. 31 Uhr, Wiesbadener am 26. 31 Uhr, Wiesbadener am 27. 31 Uhr, Wiesbadener am 28. 31 Uhr, Wiesbadener am 29. 31 Uhr, Wiesbadener am 30. 31 Uhr, Wiesbadener am 31. 31 Uhr, Wiesbadener am 1. 31 Uhr, Wiesbadener am 2. 31 Uhr, Wiesbadener am 3. 31 Uhr, Wiesbadener am 4. 31 Uhr, Wiesbadener am 5. 31 Uhr, Wiesbadener am 6. 31 Uhr, Wiesbadener am 7. 31 Uhr, Wiesbadener am 8. 31 Uhr, Wiesbadener am 9. 31 Uhr, Wiesbadener am 10. 31 Uhr, Wiesbadener am 11. 31 Uhr, Wiesbadener am 12. 31 Uhr, Wiesbadener am 13. 31 Uhr, Wiesbadener am 14. 31 Uhr, Wiesbadener am 15. 31 Uhr, Wiesbadener am 16. 31 Uhr, Wiesbadener am 17. 31 Uhr, Wiesbadener am 18. 31 Uhr, Wiesbadener am 19. 31 Uhr, Wiesbadener am 20. 31 Uhr, Wiesbadener am 21. 31 Uhr, Wiesbadener am 22. 31 Uhr, Wiesbadener am 23. 31 Uhr, Wiesbadener am 24. 31 Uhr, Wiesbadener am 25. 31 Uhr, Wiesbadener am 26. 31 Uhr, Wiesbadener am 27. 31 Uhr, Wiesbadener am 28. 31 Uhr, Wiesbadener am 29. 31 Uhr, Wiesbadener am 30. 31 Uhr, Wiesbadener am 31. 31 Uhr, Wiesbadener am 1. 31 Uhr, Wiesbadener am 2. 31 Uhr, Wiesbadener am 3. 31 Uhr, Wiesbadener am 4. 31 Uhr, Wiesbadener am 5. 31 Uhr, Wiesbadener am 6. 31 Uhr, Wiesbadener am 7. 31 Uhr, Wiesbadener am 8. 31 Uhr, Wiesbadener am 9. 31 Uhr, Wiesbadener am 10. 31 Uhr, Wiesbadener am 11. 31 Uhr, Wiesbadener am 12. 31 Uhr, Wiesbadener am 13. 31 Uhr, Wiesbadener am 14. 31 Uhr, Wiesbadener am 15. 31 Uhr, Wiesbadener am 16. 31 Uhr, Wiesbadener am 17. 31 Uhr, Wiesbadener am 18. 31 Uhr, Wiesbadener am 19. 31 Uhr, Wiesbadener am 20. 31 Uhr, Wiesbadener am 21. 31 Uhr, Wiesbadener am 22. 31 Uhr, Wiesbadener am 23. 31 Uhr, Wiesbadener am 24. 31 Uhr, Wiesbadener am 25. 31 Uhr, Wiesbadener am 26. 31 Uhr, Wiesbadener am 27. 31 Uhr, Wiesbadener am 28. 31 Uhr, Wiesbadener am 29. 31 Uhr, Wiesbadener am 30. 31 Uhr, Wiesbadener am 31. 31 Uhr, Wiesbadener am 1. 31 Uhr, Wiesbadener am 2. 31 Uhr, Wiesbadener am 3. 31 Uhr, Wiesbadener am 4. 31 Uhr, Wiesbadener am 5. 31 Uhr, Wiesbadener am 6. 31 Uhr, Wiesbadener am 7. 31 Uhr, Wiesbadener am 8. 31 Uhr, Wiesbadener am 9. 31 Uhr, Wiesbadener am 10. 31 Uhr, Wiesbadener am 11. 31 Uhr, Wiesbadener am 12. 31 Uhr, Wiesbadener am 13. 31 Uhr, Wiesbadener am 14. 31 Uhr, Wiesbadener am 15. 31 Uhr, Wiesbadener am 16. 31 Uhr, Wiesbadener am 17. 31 Uhr, Wiesbadener am 18. 31 Uhr, Wiesbadener am 19. 31 Uhr, Wiesbadener am 20. 31 Uhr, Wiesbadener am 21. 31 Uhr, Wiesbadener am 22. 31 Uhr, Wiesbadener am 23. 31 Uhr, Wiesbadener am 24. 31 Uhr, Wiesbadener am 25. 31 Uhr, Wiesbadener am 26. 31 Uhr, Wiesbadener am 27. 31 Uhr, Wiesbadener am 28. 31 Uhr, Wiesbadener am 29. 31 Uhr, Wiesbadener am 30. 31 Uhr, Wiesbadener am 31. 31 Uhr, Wiesbadener am 1. 31 Uhr, Wiesbadener am 2. 31 Uhr, Wiesbadener am 3. 31 Uhr, Wiesbadener am 4. 31 Uhr, Wiesbadener am 5. 31 Uhr, Wiesbadener am 6. 31 Uhr, Wiesbadener am 7. 31 Uhr, Wiesbadener am 8. 31 Uhr, Wiesbadener am 9. 31 Uhr, Wiesbadener am 10. 31 Uhr, Wiesbadener am 11. 31 Uhr, Wiesbadener am 12. 31 Uhr, Wiesbadener am 13. 31 Uhr, Wiesbadener am 14. 31 Uhr, Wiesbadener am 15. 31 Uhr, Wiesbadener am 16. 31 Uhr, Wiesbadener am 17. 31 Uhr, Wiesbadener am 18. 31 Uhr, Wiesbadener am 19. 31 Uhr, Wiesbadener am 20. 31 Uhr, Wiesbadener am 21. 31 Uhr, Wiesbadener am 22. 31 Uhr, Wiesbadener am 23. 31 Uhr, Wiesbadener am 24. 31 Uhr, Wiesbadener am 25. 31 Uhr, Wiesbadener am 26. 31 Uhr, Wiesbadener am 27. 31 Uhr, Wiesbadener am 28. 31 Uhr, Wiesbadener am 29. 31 Uhr, Wiesbadener am 30. 31 Uhr, Wiesbadener am 31. 31 Uhr, Wiesbadener am 1. 31 Uhr, Wiesbadener am 2. 31 Uhr, Wiesbadener am 3. 31 Uhr, Wiesbadener am 4. 31 Uhr, Wiesbadener am 5. 31 Uhr, Wiesbadener am 6. 31 Uhr, Wiesbadener am 7. 31 Uhr, Wiesbadener am 8. 31 Uhr, Wiesbadener am 9. 31 Uhr, Wiesbadener am 10. 31 Uhr, Wiesbadener am 11. 31 Uhr, Wiesbadener am 12. 31 Uhr, Wiesbadener am 13. 31 Uhr, Wiesbadener am 14. 31 Uhr, Wiesbadener am 15. 31 Uhr, Wiesbadener am 16. 31 Uhr, Wiesbadener am 17. 31 Uhr, Wiesbadener am 18. 31 Uhr, Wiesbadener am 19. 31 Uhr, Wiesbadener am 20. 31 Uhr, Wiesbadener am 21. 31 Uhr, Wiesbadener am 22. 31 Uhr, Wiesbadener am 23. 31 Uhr, Wiesbadener am 24. 31 Uhr, Wiesbadener am 25. 31 Uhr, Wiesbadener am 26. 31 Uhr, Wiesbadener am 27. 31 Uhr, Wiesbadener am 28. 31 Uhr, Wiesbadener am 29. 31 Uhr, Wiesbadener am 30. 31 Uhr, Wiesbadener am 31. 31 Uhr, Wiesbadener am 1. 31 Uhr, Wiesbadener am 2. 31 Uhr, Wiesbadener am 3. 31 Uhr, Wiesbadener am 4. 31 Uhr, Wiesbadener am 5. 31 Uhr, Wiesbadener am 6. 31 Uhr, Wiesbadener am 7. 31 Uhr, Wiesbadener am 8. 31 Uhr, Wiesbadener am 9. 31 Uhr, Wiesbadener am 10. 31 Uhr, Wiesbadener am 11. 31 Uhr, Wiesbadener am 12. 31 Uhr, Wiesbadener am 13. 31 Uhr, Wiesbadener am 14. 31 Uhr, Wiesbadener am 15. 31 Uhr, Wiesbadener am 16. 31 Uhr, Wiesbadener am 17. 31 Uhr, Wiesbadener am 18. 31 Uhr, Wiesbadener am 19. 31 Uhr, Wiesbadener am 20. 31 Uhr, Wiesbadener am 21. 31 Uhr, Wiesbadener am 22. 31 Uhr, Wiesbadener am 23. 31 Uhr, Wiesbadener am 24. 31 Uhr, Wiesbadener am 25. 31 Uhr, Wiesbadener am 26. 31 Uhr, Wiesbadener am 27. 31 Uhr, Wiesbadener am 28. 31 Uhr, Wiesbadener am 29. 31 Uhr, Wiesbadener am 30. 31 Uhr, Wiesbadener am 31. 31 Uhr, Wiesbadener am 1. 31 Uhr, Wiesbadener am 2. 31 Uhr, Wiesbadener am 3. 31 Uhr, Wiesbadener am 4. 31 Uhr, Wiesbadener am 5. 31 Uhr, Wiesbadener am 6. 31 Uhr, Wiesbadener am 7. 31 Uhr, Wiesbadener am 8. 31 Uhr, Wiesbadener am 9. 31 Uhr, Wiesbadener am 10. 31 Uhr, Wiesbadener am 11. 31 Uhr, Wiesbadener am 12. 31 Uhr,

* Wer Interesse am Parteileben hat, geht heute Abend pünktlich in den Zahlabend, wo Vorträge gehalten und wichtige Fragen der Agitation und Organisations besprochen werden.

Die Bäderplatate sind frei!

Was wir sofort erklärt haben, als die ersten Bäderplatate von der Polizei beschlagnahmt wurden, ist heute eingetreten: das Schöffengericht hat diese Platate freigegeben.

Im Lager des Konsumvereins „Vorwärts“ auf der Kreuzburgerstraße verbot die Polizei das Aushängen des Bäderplatats und des Platats der Labatardener, die den Mitgliedern mitteilten, das im Lager Zigaretten von tariffreien Firmen zu haben sind.

* Im Stellenvermittlungsbureau für Hausangestellte, Eisenkram Nr. 5, haben nur die Dienstmädchen für feste Stellen eine Gebühr von 50 Pfg. zu zahlen, den Bedienungsfrauen wird die Arbeit unentgeltlich vermittelt.

* Eine Sitzung der Armen- und Waisenpfleger aus dem Stande der Arbeiter wird Donnerstagabend im Zimmer Nr. 3 des Gewerkschaftshauses abgehalten.

* Achtung, Steinarbeiter! Dienstag, den 11. Juli, abends 7 1/2 Uhr, im Villardzimmer des Gewerkschaftshauses wichtige Versammlung. Vollzählige Erscheinen ist notwendig.

* Erneuerungsarbeiten am großen Wehr. Bei dem überaus niedrigen Wasserstand, den jetzt unser Oderstrom aufweist, läßt die Stadtverwaltung am großen Wehr zwischen der Anwand-Mühle und der Salzstraße umfassende Ausbesserungs- und Erneuerungsarbeiten ausführen.

* Straßensperrung. Der Neufircher Weg wird wegen Nachschotterung an dem Eisenbahnbaum entlang von der Striegauer Chaussee bis zur westlichen Abbiegung vom 10. bis 22. Juli für Fuhrwerk und Reiter gesperrt.

* Beschädigungen von Straßenlaternen. Die Fleischergehilfen Walter und Michaelis beschädigten in der Nacht zum 23. Juni 1911 auf der Bohrauerstraße mehrere Straßenlaternen, indem sie aus Hebermut die Leuchtkörper und Zylinder sowie die Laternengehäusen zertrümmerten.

* Tödlicher Absturz. Der 45 Jahre alte Arbeiter Paul Heinrich, Antonienstraße 19 als Schlafsteller wohnend, ist am Sonntagvormittag von der Treppe im ersten Stock abgestürzt und bestimmungslos liegend geblieben.

* Ertrunken ist am Sonntag ein mit seiner Mutter hier zu Besuch weilender 20-jähriger junger Mann aus Remscheid. Er hatte mit seinem Cousin eine Gondelpartie gemacht; dabei war das Boot umgestürzt und der Mann ertrunken.

* Verhaftung und schwerer Verletzte. Am Sonntag nachmittag hat sich der aus Oppeln stammende Gastwirt Bruno Weiß am Strauchweh neben dem Zoologischen Garten mit einem Taschenmesser die Wulstader der linken Hand durchgeschnitten.

* Erhängt hat sich in Wischowitz, Kr. Trebnitz, am Freitag der 36 Jahre alte Knecht Pöhnbel in seiner Wohnung; er hinterläßt eine Frau und fünf unmündige Kinder im Alter von 1-12 Jahren.

* Raubanfall. Am 7. Juli, abends gegen 9 Uhr, ist der 56 Jahre alte, Baustraße 21a wohnende Postbote Paul Scholz im Scheitniger Park von fünf unbekanntem jungen Burschen überfallen worden.

* Ein Gras- und Jauwrand, der zwischen Bahndamm und Bachalysstraße durch Lokomotivfunken verursacht war, beschaffte am Sonntag die Feuerwehr. Das rauchende Gras am Bahndamm hatte sich entzündet und das Feuer verbreitete sich bei dem starken Winde überaus schnell.

* Fahrerdiebstahl. Am 7. Juli, vormittags, ist vor dem Grundstück Friedrich-Wilhelmstraße 6 ein Fahrrad „Kathies“ Nr. 100163 gestohlen worden.

* Diebstahl. Im städtischen Freibad an der Gieselerstraße wurde am 7. Juli, nachmittags, einem Kaufmann von der Adalbertstraße die silberne Remontratur auf der Rechtenhand gestohlen. Im Allerheiligenhospital wurde am 5. Juli aus

einem Kellerräume im Schlafzimmer der Hausmädchen eine goldene Damenuhr gestohlen.

* Kaffeeküchendiebstahl. Am Freitagabend ist ein Dieb in ein zahnärztliches Atelier auf der Nikolaistraße eingedrungen und hat eine braungestrichene Geldtasche mit 25 Mark Inhalt gestohlen.

* Diebstahl im Zoologischen Garten. Am 7. Juli sind aus dem unverschlossenen Dienstmädchenzimmer im Restaurationsgebäude des Zoologischen Gartens etwa 40 Mk. gestohlen worden.

* Ein Schmeibler als Zimmermeister. Bei einer Zimmervermieterin, Scheitnigerstraße 9, mietete am 5. Juli ein junger Mann, der sich als Schriftfeger ausgab und bei einer hiesigen Zeitung Beschäftigung erhalten haben wollte, ein möbliertes Zimmer. Unter der Vorbedingung, daß er am nächsten Tage einen Voranschuß von 30 Mark erhalten werde, borgte er von der Vermieterin 5 Mark, verschwand dann aber auf Zimmerwiedersehen. Es sei vor ihm gewarnt.

* Taschendiebstahl. Am Mittwoch wurde in einem Warenhaus am Ring einer Frau die Handtasche vom Arme abgenommen und gestohlen.

* Gefunden wurden zwei Portemonnaies mit Inhalt bares Geld, ein Bund Schlüssel, eine goldene Damenuhr, eine schwarze Damenhandtasche, ein Zehnmarkstück, eine schwarze Straußfeder und eine silberne Damenuhr.

Aus Oberschlesien.

Zu den Diebstahlverbrechen gegen die Güterwerke

werden noch allerlei interessante Einzelheiten bekannt. Es handelt sich um die Firma Franz Bernhard (Inhaber Densfel) in Kattowitz, von der die Verbrechen ausgehen.

Der Inhaber der Firma Bernhard soll, im Einverständnis mit einem Prokuristen der Bismarckhütte, diese bei der Lieferung von Waren um etwa 100.000 Mark geschädigt haben. Diese Diebstahlverbrechen, deren Umfang noch gar nicht abzusehen ist, sind der Staatsanwaltschaft vor drei Wochen zur Kenntnis gekommen, und man erzählt in eingeweihten Kreisen, daß die Entschuldigungen in der Bismarckhütte vor etwa sechs Wochen eingeleitet haben. Außerdem geht das vorläufig nicht zu kontrollierende Gerücht, daß sich nach Beianwerden der Untertreue in Bismarckhütte ein Apotheker erschossen habe und in aller Eile beerdigt worden sein soll.

Die Verwaltung der Bismarckhütte läßt die Nachricht verbreiten, daß die von der Kattowitzer Firma Bernhard defraudierte Summe, soweit die Bismarckhütte in Betracht kommt, sich bei der Warenlieferung von jetzt 100.000 bis 150.000 Mark auf etwa 15.000 Mark beläuft. Die Verwaltung fügt allerdings vorsichtigerweise noch hinzu, daß sich genaue Angaben noch nicht machen lassen, da die Untersuchungen noch im Gange seien.

Ein Telegramm meldet der „Breslauer Morgenzeitung“ aus Kattowitz unter dem 8. Juli: Der Gründer der Firma Bernhard in Kattowitz, der die Leitung der Verbrechen gegen die ober-schlesischen Werke hatte, ist ein Schwager des früheren Generaldirektors der Bismarckhütte namens Kollmann, der die Gründung dieser Firma auf das lebhafteste mitunterstützt hat. Die Untersuchungen dieser Firma wären auch niemals an die Öffentlichkeit gedrungen, wenn nicht der Staatsanwalt durch Denunziation Kenntnis von der Angelegenheit erhalten hätte. Die Staatsanwaltschaft hatte seit etwa vierzehn Tagen den Inhaber der Firma Bernhard, Densfel, auf des strengste überwachen lassen, um sein Entweichen über die russische Grenze unmöglich zu machen. Am vergangenen Donnerstag erfolgte seine Verhaftung in einem Restaurant. Es wurde ferner noch festgestellt, daß die Untersuchungen 4 bis 5 Jahre zurückliegen, und daß Beamte daran beteiligt gewesen sind, die schon lange Jahre in den Diensten der Bismarckhütte gestanden hatten. Außer den Beamten der Bismarckhütte wurden auf der Fabrikhütte noch in Haft genommen: der Güterinspektor Eumann, die Beamten Sieunich, Schibler, Schichowski und der Materialverwalter Kühner. Letzterer wurde in einem Restaurant verhaftet und dem Landgerichtsgefängnis in Neuthen zugeführt. Ferner wurden verhaftet die Güterbeamten Weidlich und Kempinski, die man in das Königshütter Amtsgerichtsgefängnis überführte.

Neueste Nachrichten.

Cambon bei Riberien-Wächter.

Berlin, 10. Juli. Der französische Botschafter in Berlin, Jules Cambon, hat gestern nachmittags den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Freiherrn v. Riberien-Wächter, in dessen Wohnung aufgesucht. Die Aussprache beider Staatsmänner, die sich ausschließlich um die Marokkoangelegenheit drehte, hat, wie bestimmt verlautet, ergeben, daß auf Seiten einer der beteiligten Mächte keinerlei Anlaß zu irgend welchen Beunruhigungen vorliegt, daß vielmehr auf beiden Seiten der aufrichtige Wunsch besteht, sich über etwaige Differenzen zu verständigen.

Paris, 10. Juli. Der „Temps“ glaubt den Wortlaut der an die deutsche Diplomatie gerichteten Fragen der französischen Regierung zu kennen. Danach lautete diese Frage: Welche Bedeutung gibt Deutschland der Demonstration vor Agadir? Der „Temps“ fügt hinzu: Es ist eine Mühe der französischen Presse, die Antwort Deutschlands ohne Verzug abzuwarten. Es gibt verschiedene Lösungen, die mit der Würde und den Interessen Frankreichs völlig vereinbar seien und es wäre durchaus umang, das Wort der Diplomaten zu hören. Die kritische Lektüre hat dafür, daß es im Augenblick durchaus nicht notwendig ist, die Lage in Marokko noch mehr zu komplizieren, da der Kreuzer „Berlin“ sich vor Agadir auf einfache Beobachtungen beschränkt.

Paris, 10. Juli. „Matin“ berichtet aus London: Die gestern aus Berlin hier eingetroffenen Nachrichten lassen den Schluss zu, daß die Kontroversen zwischen Cambon und Riberien-Wächter sehr ausführlich begonnen haben. Diese Nachrichten hat in den hiesigen Kreisen die größte Beunruhigung hervorgerufen. Man hatte immer in London das größte Vertrauen an

den Tag gelegt und es scheint nunmehr sicher, daß die begonnenen Besprechungen zu einer befriedigenden Lösung hinsichtlich der Marokkofrage führen werden. Die Anwesenheit des deutschen Kriegsschiffes in Agadir wird in den hiesigen Kreisen als nur von kurzer Dauer aufgefaßt. Man glaubt hier, daß Deutschland auf einer Gebietsforderung in Marokko nicht bestehen werde, sondern sich mit tatsächlichen Vorteilen begnügen wird. Man wird gut tun, drei Viertel aller dieser Meldungen als Zeitungsaltsch anzusehen.

Castro angriffsbereit!

New York, 10. Juli. Castro landete gestern und vorgestern eine gut bewaffnete Armee von reichlich zweitausend Mann. Sie geht für Castro durch und blum und steht in starker Stellung angriffsbereit. Man befürchtet in den nächsten Tagen schon blutige Zusammenstöße zwischen den noch sehr zahlreichen Anhängern Castros und den Verteidigern der jetzigen Regierung. In Regierungskreisen selbst rechnen man mit einem ungünstigen Ausgang und bereitet sich schon auf den Sturz der jetzigen Regierung vor.

Briefkasten

K., Posenerstraße. Sie müssen den Meister wegen des Rosigeldes beim Gemeindericht veranlagen. S. I. Der Ingenieur-Kalender erscheint im Verlage von Springer in Berlin N., Wobnplatz 3 und kostet 3 Mk.

Bestellungen der städtischen Markt-Notierungskommission. Breslau, den 8. Juli. Tabelle mit 4 Spalten: Getreide, Mehl, Öl, etc. mit Preisen pro 100 Kilogramm.

Bersammlungen und Vereine.

- Gewerkschaftshaus. Montag, den 10. Juli: Bibliothek des Sozialdemokratischen Vereins. Bücherausgabe von 6 1/2-9 Uhr im Zimmer 7. Dienstag, den 11. Juli: Zimmer-Versammlung im großen Saale. Steinarbeiter. Versammlung abends 7 1/2 Uhr im Villardzimmer. Straßenreiner. Versammlung im Zimmer 1. Arbeiter-Radsport. Versammlung im Zimmer 1. Arbeiter-Radsport. Versammlung im Zimmer 1.

Sozialdemokratischer Verein Breslau.

- Der Zahlabend ist Montag, den 10. Juli, Abends 8 Uhr, in folgenden Lokalen: Distrikt 1 (Gabis), Kronprinzstr. 50, Ref. Frau Lawatsch. 2 (Sauerbr.), Vitoriastr. 34, Gen. Schaller. 3 (Gräbich, Dorf, jüdl.), Gräbichenerstr. 74, Ref. Gen. Rabold. 3a (Gräbich, Dorf, nördl.), Siebenhufenerstr. 19, Ref. Gen. Prosig. 4 (Mikolaitor), Schweigerstr. 23, Ref. Gen. Tokus. 6 (Leuthenstr. 12/14, Ref. Gen. Grohmann. 6 (Hildebrandstr. 29, Ref. Gen. Schneidewind. 7 (Mikolaitor), Schepinerstr. 12, Ref. Gen. Senf. 7 (Leuthenstr. 58, Ref. Gen. Frenschel. 7 (Leuthenstr. 62, Ref. Gen. Gottwald. 7 (Posenerstr. 61, Ref. Frau Behrens. 8 (Oderstr.), Wehlgaßstr. 54, Ref. Gen. Riedel. 8a (Kleinhauptstr. 33, Ref. Gen. Reinert. 9 (Mikolaitor), 3, Ref. Gen. Peukert. 9a (Oderstr.), 6, Ref. Gen. Weise. 10 (Sandtor), Kalsnerstr. 8, Ref. Gen. Winger. 11 (Mikolaitor), 26, Ref. Gen. Peppner. 12 (Scheitn. Dorf.), Baustr. 42, Ref. Gen. Pachyna. 13 (Grisch), 68, Ref. Gen. Neufischer. 14 (Oblauerstr.), Königgräferstr. 10, Ref. Gen. Peisker. 15 (Gewerkschaftshaus), Referent Genosse Burgund. 15a (Oblauerstr.), Alte Taischenstr. 16, Ref. Gen. Müller. 15 (Strehlerer Tor), Daberstr. 30, Ref. Gen. Franke. 16a (Bohrauer Tor), Bohrauerstr. 70, Referent Genosse Stöhr. 17 (Schneidniger Tor südl.), Neuborstr. 99, Ref. Gen. Schüb. 17a (Schneidniger Tor nördl.), Neuborstr. 66, Ref. Gen. Piepelt. 18 (Innere Stadt östl.), Reherberg 7, Ref. Gen. Darf. 19 (Innere Stadt westl.), Ruppertschmidtstr. 21, Genosse Clement. Land-Distrikt 6 (Höpelwisch), Promnitzstr. 2, Ref. Gen. Gogich. Land-Distrikt 14 (Derdain, Dürrgon), Schönstraße 21, Ref. Gen. Sromig.

Distrikt 1 (Gabis).

Unter Ausflug nach Opperau ist nicht am 16. Juli, sondern Sonntag, den 23. Juli.

Distrikt 2 (Sauerbrunn).

Montag, den 10. Juli, punkt 8 Uhr: Zahlabend. Die reichhaltige und wichtige Tagesordnung enthält u. a. die Neuwahlen sämtlicher Distriktsfunktionäre. Um pünktliches und vollständiges Erscheinen wird erudt.

Distrikt 16a (Bohrauer Tor).

Unser Ausflug ist bestimmt am 23. Juli nach Petersdorf (Vollbergs Lokal). Treffpunkt früh 9 1/2 Uhr am Brausebad (Leichäder). Abfahrt des Buses 10 1/2 Uhr am Hauptbahnhof nach Dornitz. Da sich der nächste Zahlabend am 10. Juli auch mit diesem Ausflug befaßt werden wird, so ersuchen wir die Genossinnen und Genossen, im Zahlabend recht zahlreich zu erscheinen. Die Genossen der umliegenden Distrikte sind zum Ausflugs freundschaftlich eingeladen. Das Komitee.

Sozialdemokratischer Verein Breslau (Land) Neumarkt.

Land-Distrikt 11/12 (Bezirk Sahlitz, Brietern, Altschöber, Kleinburg). Mittwoch, den 12. Juli, abends 8 Uhr: Generalversammlung bei Riebel in Sahlitz. Die Tagesordnung ist sehr wichtig. Niemand sollte die Versammlung unter im Saale abgahen. Der Vorsitzende

Aufruf

zur Beschaffung von Mitteln für die Gründung einer Sozialistischen Wanderbibliothek für Blinde.

Es liegt im Wesen der modernen Arbeiterbewegung tief begründet und ist zugleich ein Beweis ihrer sieghaften, unüberwindlichen Lebenskraft, daß sie in nie rastender Arbeit dem Gedanken des Klassenkampfes immer neue soziale Schichten zu erobern weiß. Die Sozialdemokratie wendet sich mit ihrer Propaganda an „alle Mühseligen und Beladenen“ im weitesten Sinne. Zu diesen zählen nicht nur die, welche von der Ungunst unserer sozialen Zustände unmittelbar getroffen werden, sondern auch solche, welche durch natürliche Ursachen oder Mängel in ihrer Lebensführung benachteiligt sind und die darum auch zum Teil ungleich härter unter der sozialen Misere zu leiden haben. Zu diesen letzteren gehören auch die Blinden. Schon seit Jahren war es der stille Wunsch einzelner blinder Parteigenossen, den Erlösungsgedanken des Sozialismus auch in weitere Kreise ihrer Schicksalsgenossen zu tragen; was aber mit Erfolge nur geschehen konnte, wenn es gelang, die für die Agitation erforderliche Parteiliteratur in die Hände der Blinden zu überbringen bzw. das so übertragene Material durch den Druck oder handschriftlich zu vervielfältigen.

Der in der ersten Juniwoche 1909 in Dresden abgehaltene erste deutsche Blindentag bot einer kleinen Anzahl blinder Genossen Gelegenheit, sich persönlich kennen zu lernen. In einer improvisierten Konferenz wurde die Gründung einer sozialistischen Zeitschrift in Punktdruck beschlossen. Die vorerst biernach jährlich erscheinen sollte. Mit der Ausführung des Beschlusses wurde eine aus 5 blinden Genossen bestehende Kommission beauftragt und die Redaktion des Blattes dem Unterzeichneten übertragen. Anfang September 1909 versammelten wir an alle uns bekannt gewordenen Adressen ein Propaganda-Flugblatt als Abonnementeinladung und am 1. Oktober 1909 erschien die erste Nummer der ersten sozialistischen Zeitschrift für Blinde unter dem Titel: „Die Neue Zeit, Organ zur Pflege sozialistischer Weltanschauung unter den Blinden deutscher Zunge.“

Das Blatt wurde von blinden Genossen enthusiastisch aufgenommen, was jedenfalls beweist, daß ein sozialistisches Blindenorgan nicht nur ein Bedürfnis, sondern auch eine Notwendigkeit war. Dieser Enthusiasmus ist übrigens recht begründet: Abgeschlossen von der Außenwelt, im Internat erzogen und beruflich ausgebildet, dann vielfach in Dörfern und kleinen Provinzstädten häusert, ist der blinde Proletarier zumeist auf die Veröffentlichung in Blindenschrift angewiesen. Die mannigfache Abhängigkeit, die seltene Gelegenheit, Zeitungen und dergleichen regelmäßig zu hören, erklärt es, daß so viele blinde Arbeiter von den Zielen und der Entwicklung der modernen Arbeiterbewegung gar nichts wissen, oder nur ein durch gegnerische Verleumdungen entstelltes Bild erhalten. Auch die in Fabriken arbeitenden Arbeiter bekommen bestenfalls durch Gespräche und Versammlungsbesuche nur einen unvollkommenen Einblick in die grandiose Bewegung. Mit dem zweiten Jahrgang konnte unser Organ sechs mal jährlich erscheinen, wodurch wohl seine Lebensfähigkeit genügend erwiesen ist. Die erzielten Erfolge sind denn überhaupt größer, als bei Gründung der Zeitschrift angenommen werden konnte. Die Aufgabe der „Neuen Zeit“ ist es nun, in kurzgefaßten gemeinverständlichen Artikeln die grundlegenden Theorien des wissenschaftlichen Sozialismus den Blinden nahezubringen. Eine sechs mal jährlich erscheinende Zeitschrift kann naturgemäß diese Aufgabe nur sehr unvollkommen erfüllen.

Der eigenartige Charakter der Punktchrift begründet das spärliche Erscheinen des Blattes, wie auch den geringen zur Verfügung stehenden Raum. Die Punktchrift, deren Zeichen aus verschiedenen Kombinationen von 6 Punkten gebildet sind, nimmt

etwa zehnmal so viel Raum ein, wie die des gewöhnlichen Schwarzdrucks. Die Druckkosten sind demgemäß außerordentlich hoch, zumal nur starke und feste Papierarten verwendet werden können. Die bekannte Broschüre „Grundsätze und Forderungen der Sozialdemokratie“ von Kautsky und Schoenlant umfaßt zum Beispiel in Blindenschrift 250 Seiten zu 27 mal 22 mal 7 Zentimeter. Ihr Gewicht beträgt 1150 Gramm, die Kosten ihrer Herstellung betragen 2,50 Mark. Geringere umfaßt die Schwarzdruck-Broschüre 63 Seiten zu 22 mal 15 Zentimeter und kostet 0,10 Mark (ein für Parteibroschüren allerdings ungewöhnlich geringer Preis). Dafür ist das Wert noch in der sogenannten Blindenschrift gedruckt, die gegenüber der Punktchrift eine Nummerparnis von 30 Prozent gewährt.

Hieraus erhellt klar, wie schwierig die Schaffung von Lesetexten in Blindenschrift durch Druck sich gestaltet. Vereuerten Wirkens zu alledem noch die durch das hohe Gewicht wesentlich gesteigerten Postkosten. Aus all diesen Gründen spielt seit jeher neben dem Druck die handschriftliche Uebersetzung von Schwarzdrucktexten in Punktchrift in der Blindenwelt eine große Rolle. Neben zahlreichen Blindenanstalts- Bibliotheken bestehen Zentral-Bibliotheken für Blinde in Hamburg und Leipzig mit tausenden von Bänden. Diesen Bibliotheken fehlt jedoch fast gänzlich volkswirtschaftliche Literatur, von sozialistischen Büchern ganz zu schweigen. Diese finden in den bürgerlich-philanthropischen Veranstaltungen keinen Eingang. Lediglich gute Belletrik, sowie naturwissenschaftliche und Fachliteratur bilden den Hauptbestand der Institute. Die Schaffung einer sozialistischen Blinden-Bibliothek war daher seit langem der Wunsch der blinden Genossen.

Durch den Erfolg der „Neuen Zeit“ ermutigt, beschloß nun die letzte Konferenz der „Kommission für sozialistische Propaganda unter den Blinden deutscher Zunge“, die Verwirklichung dieses Zieles in die Wege zu leiten. In Aussicht genommen ist zunächst die Uebersetzung einiger wichtiger theoretischer Schriften unserer Meister sowie neuerer Autoren. Ferner ist geplant, geeignete kürzere Broschüren zu drucken, zumal durch die Abonnenten der „Neuen Zeit“ ein Abnehmerkreis geschaffen ist. Leider stehen uns sozialistischen Blinden nicht so zahlreiche Kräfte zur kostenlosen handschriftlichen Uebersetzung in Blindenschrift zur Verfügung, wie den bürgerlichen Blinden-Bibliotheken, für die Hunderte von Damen unentgeltlich abschreiben. Genossen und Genossinnen, welche Zeit und Neigung für diese Arbeit haben, wollen sich an den Unterzeichneten wenden. Die Hauptarbeit wird aber wohl durch bezahlte Abschreiber geleistet werden müssen, eventuell unter Verwendung von Schnell-Schreibmaschinen für Punktchrift. Hierdurch würden gleichzeitig eine Anzahl organisierter blinder Genossen lohnenden Nebenverdienst finden. Der Unterstützung des Parteivorstandes verdanken wir Sicherstellung unseres Organs und seiner wissenschaftlichen Sonder-Beilage.

Zur Ausbringung der Mittel für die sozialistische Blinden-Bibliothek müssen wir jedoch an die tatkräftige Hilfe sehender Genossen appellieren. Wohl ist es nur ein verschwindend kleines Könnlein in der Internationale des kämpfenden Proletariats, den unser Unternehmen gilt. Die allgemeine wirtschaftliche Abhängigkeit des Proletariats wird hier erhöht durch die infolge des Lebens des Augenlichts bedingte Arbeitslosigkeit. Dieser Sachverhalt die sozialistische Erkenntnis zu bringen, rechtfertigt wohl besondere Opfer in einer Zeit, wo selbst die Landarbeiter und die Hausangestellten sich organisieren, wo der Heimarbeiterschutz von der Partei besonders propagiert wird.

Daher wenden wir uns an die Genossen und Genossinnen mit der Bitte um Unterstützung zur „Schaffung einer sozialistischen Blinden-Bibliothek“. Diese Bücherei wird zur Vertiefung der Agitation unter den proletarischen Blinden sehr viel beitragen und auf ihre Weise den alten Kampf der Arbeiterklasse erfüllen:

„Den Feind, den wir am tiefsten hassen,
Der uns umlagert schwarz und dicht,

Das ist der Unterstand der Massen,
Den nur des Weltes Schwert durchdringt!“
So möge denn dieser unser Appell nicht ungehört verhallen, vielmehr unserer Sache recht viel sehende Freunde und Förderer zuführen, zum Nutzen der jungen sozialistischen Blindenbewegung.

Die Kommission für sozialistische Propaganda unter den Blinden deutscher Zunge.
Im Auftrage:
Paul Rieckert, Brunnenstraße 28
Berlin, im Mai 1911.

Parteiangelegenheiten.

Straffkonto der Presse. Wegen Verleumdung eines Fabrikbesizers und Stadverordneten in Zittau durch den Vorwurf der Steuerhinterziehung wurde Genosse Schnecker von der dortigen Volkszeitung zu 500 Mk. Geldstrafe verurteilt. Es soll sich bei dem Vorfall nur um eine Steuernachzahlung gehandelt haben.

Erfolglose Hausdurchsuchung. In der Redaktion des „Volkboten“ in Zeitz wurde die Polizei, allerdings vollkommen erfolglos, nach dem Manuskript eines Artikels, in dem Arbeitsschwierigkeiten beklagt worden sein sollen. Das gleiche Resultat hat die Durchsuchung der Wohnung des Redakteurs unseres dortigen Parteiblattes ergeben.

Von dem ersten sozialistischen Abgeordneten. Manuel da Silva von Oporto, teilt der „Peuple“ mit, daß er ein früherer Weber und jetzt Redakteur der Zeitung „A Voz do Povo“ (Volkstimme), des Parteiorgans für Nordportugal, ist. Die Festigkeit seines Charakters, die praktischen und hochherzigen Ideen, die er immer in den sozialistischen Zeitungen, für die er schreibt, wie in der Volksausgewanderten, zu deren Gründern er gehört, vertreten hat, gewonnen ihm die Sympathie aller, die ihn nahe kamen. Silvas Sohn lebt in Paris und beschäftigt sich mit der Uebersetzung sozialistischer Schriften in seine Muttersprache. So hat er kürzlich Vanderveeldes „Kollektivismus“ ins Portugiesische überetzt.

Arbeiterbewegung.

Die Berliner Buchdrucker zu den Beschlüssen der Gauvorsteher-Konferenz.

Wir berichteten bereits über die Beschlüsse, die auf der Gauvorsteher-Konferenz deutscher Buchdrucker in Berlin gefaßt wurden aus Anlaß der Vorgänge bei der Firma Sauerl. Am Freitag fand nun in Berlin eine Delegierten-Versammlung der Berliner Buchdrucker statt, in der über die Konferenz Bericht erstattet wurde. Von vier Buchdruckereien lagen Anträge vor, den Punkt hier nicht zu behandeln, sondern einer allgemeinen Mitglieder-Versammlung zu überweisen, jedoch wurde dies nach längerer Geschäftsordnungsdebatte abgelehnt. Sodann gab der Gauvorsteher Massini den Bericht und legte die Gründe dar, die der Konferenz für die Annahme jener Resolution maßgebend waren. Seine Ausführungen wurden wiederholt teils durch Mißfälligkeit, teils durch Beifallsäußerungen unterbrochen. Zu dem letzten Absatz der Resolution, die sozialdemokratische Presse betreffend, bemerkte der Redner, daß das dort Gesagte auf den „Vorwärts“ nicht anzuwenden sei. Denn der „Vorwärts“ habe über die Angelegenheit nicht aufmerksamer geschrieben, sondern durchaus sachlich berichtet und sachlich Kritik geübt. Wenn aber wirklich irgendwo die sozialdemokratische Presse oder sonst ein Blatt gegen die Organisation vorgehen sollte, so müßte dem selbstverständlich ganz energisch entgegengetreten werden. Im übrigen betonte der Redner, daß, wo für die Organisation Gesetze bestehen, die sie in ihrer freien Entwicklung hemmen, man darauf hinwirken müsse, sie zu beseitigen, daß man aber, so lange die Gesetze bestehen, sie unter allen Umständen halten müsse. Die Situation sei außerordentlich ernst. Die Versammlung aber müsse zu der Erklärung kommen, daß sie die Fahne der einheitlichen Organisation nie verlassen werde.

Die Ausführungen des Referenten wurden am Schluß mit ziemlich allgemeinem Beifall aufgenommen. Aus der Mitte der Versammlung lag eine Resolution vor, worin die schärfste Mißbilligung über die Resolution der Gauvorsteher ausgesprochen, ferner erklärt wird, daß man mit festem Willen an den bewährten Grundsätzen der Solidarität festhalte, selbst dann, wenn eine Strömung im Verbandsvorstande diese Grundsätze verlassen sollte, und in der schließlichen „nach wie vor eine Revision des ungeheuerlichen Urteils des Kartellrats“ verlangt wird.

Internationale Hygieneausstellung.

Gesundheitspflege in der Gemeinde.

Es gibt in der Ausstellung keine Halle oder Gruppe, die die Gesundheitspflege in der Gemeinde oder auch nur die Großstadthygiene umfaßt. Wir müssen mehrere Abteilungen aufsuchen, wollen wir dieses wichtige Gebiet nur einigermaßen erschöpfend kennen lernen.

In der Gruppe Infektionskrankheiten finden wir dargestellt, wie schlimme Seuchen noch immer verheerend wirken, den Körper oft gräßlich entstellen und häufig einen frühzeitigen Tod herbeiführen. Von Entzündungen gepackt stehen die Besucher hier vor den Wachsabgüssen und Präparaten, die uns die von Krankheiten entstellten Körperliche verschiedener Art zeigen. Da läßt wohl jeder den bringenden Wunsch, alles aufzubieten, diese Seuchen unserer Zeit abzuwehren zu sehen. Nun, wir finden in der Ausstellung verschiedentlich dargestellt, was noch durch ihre Entdeckungen in der Welt der mikroskopischen Krankheitserreger geleistet hat, was wir Pettenkofer verdanken, welche Wege Pasteur gewiesen hat und daß es Semmelweis gelungen ist, die Krankheitserreger des Kindbettfieber abzutöten und dadurch die Opfer dieser Wöchnerinnenkrankheit auf ein Minimum zu reduzieren. Diese wichtigen Entdeckungen in der Praxis anzuwenden ist zum großen Teil eine Aufgabe der Gesundheitspflege in der Gemeinde. Sie hat die Krankenhäuser zu bauen und den medizinischen Anforderungen entsprechend einzurichten. Außerordentlich wichtig ist es auch, daß wir ein einwandfreies Trinkwasser haben, die Abwasserkontrollen auf der Höhe steht, das Abwasser gereinigt wird, die Kadaverbeseitigung einwandfrei erfolgt, die Kanäle alle Abwässer absetzen, ohne den Boden zu verfeuchten, und anderes mehr. Sehr wichtig ist auch die Desinfektion von Frachten- und Erbsenbäumen, wo Typhus, Cholera, Tuberkulose oder andere ansteckende Krankheiten ihre Opfer gefordert haben. Das alles sind Obliegenheiten, die die Gemeinden zu erfüllen haben und die für die Volksgesundheit von großer Bedeutung sind.

Es kann gesagt werden, daß diese Seite der Hygiene in der Ausstellung eingehende Berücksichtigung gefunden hat. Es ist kaum möglich, sie in einem Artikel erschöpfend zu behandeln. Den Teil der Gesundheitspflege, dem die Abtötung von Krankheitserregern obliegt, die Desinfektion, finden wir zu einer besonderen Gruppe vereinigt dargestellt. Wir sehen da

nebeneinander Desinfektions-Apparate verschiedener Art und zu mancherlei Zwecken. Mit diesem sollen die Kleider, Betten usw. von Bakterien befreit, mit jenem die Krankheitserreger in Zimmer abgetötet werden. Daneben sehen wir die Ausrüstung der Sanitätswagen für die Desinfektion, die Schutzkleider und Respiratoren für das Personal, und schließlich in Modellen veranschaulicht Desinfektionsanlagen aus verschiedenen Städten, die zum Teil in streng von einander getrennte zwei Teile, die unreine und die reine Seite, geteilt sind.

So wichtig aber die Desinfektion ist, sie kann die Verbreitung von Krankheitserregern nicht bannen, wenn der Straßenstaub aufgewirbelt, immer wieder neue in Millionen verbreitet und besonders bei der Müllabfuhr ganze Wolken bakterienreichem Staubes entstehen. Hier erweist den Gemeinden die Aufgabe, für reine Straßen und saubere Abfuhr des Mülls zu sorgen. In der Abteilung Straßenreinigung wird nun auch dargestellt, welche Maßnahmen nötig sind, den schädlichen Straßenstaub zu bekämpfen. Nebeneinander stehen in Modellen die Reinigungsarbeiten verschiedener Art, Sprengwagen, Wagen zur Müllabfuhr verschiedener Systeme; ferner Dienstordnungen für den Straßenreinigungsdienst und anderes mehr. Doch ist auch die industrielle Abteilung reich mit Apparaten und Wagen neuester Konstruktion ausgestattet. Wir sehen da Wagen zur Müllabfuhr, die mit Hilfe besonderer Behälter und Schutzklappen so eingerichtet sind, daß beim Einfahren des Mülls in die Wagen keine Staubentwicklung vermieden wird, und die auch mit Einrichtungen versehen sind, die beim Einfahren ein Aufwirbeln des Staubes vermeiden. Die Müllwagen können zu diesem Zweck in die Höhe gelagert werden, so daß sie in eine schräge Stellung kommen, teils wird durch ein Zurückrollen des ganzen Wagenlakens erreicht, daß sich eine Anzahl Klappen im Boden öffnen, die ein rasches Entleeren ermöglichen, ohne daß der Müllfahrer mit dem Abfall in nähere Berührung kommt.

Ein Schmerzmittel ist noch die Müllbeseitigung. Das Zusammenfahren zu großen Haufen wird mit der Ausdehnung der Städte schwieriger und ist auch sonst bedenklich, selbst wenn man auf diese Weise so ideale Ausfallpunkte wie den Scherdelberg in Leipzig erhält. Dabei wird diese Art Müllabfuhr um so teurer, je weiter die Entfernung bis zum Müllhaufen wird. Von den verschiedenen Methoden der Müllbeseitigung hat sich als hygienisch einwandfrei nur eine bewährt, die Verbrennung, die wir in der Abteilung Städtereinigung ebenfalls veranschaulicht finden. Die verschiedenen Systeme werden

behandelt und durch Modelle erläutert. Besonders instruktiv ist die Müllverbrennungsanlage der Stadt Zürich dargestellt, die auch eine musterhafte Abfuhr mit Automatenbetrieb eingerichtet hat. Davor muß sich manche Großstadt befinden. Wir finden freilich überhaupt keine näheren Angaben darüber, wie die Straßenreinigung und Müllabfuhr tatsächlich beschaffen sind. Es werden wohl die besten Apparate und Einrichtungen für diesen wichtigen Teil der öffentlichen Gesundheitspflege vorgeführt, doch wieviel Gemeinden sich ihrer bedienen, bleibt unbeantwortet.

Daß die Kadaverbeseitigung in den großen Städten durch moderne eingerichtete Anlagen erfolgt, zeigen uns einige Modelle, wovon besonders das von der Abdecker der Stadt Dresden instruktiv den Betrieb veranschaulicht. Es werden die Kadaver nicht nur so schnell wie möglich beseitigt, sondern auch noch verwertet, so daß aus Fetten, Fleischmehl und sonstigen Abfällen von den durch Ueberdüngung verunreinigten Kadavern noch eine ganz nette Einnahme, bereinigt sogar noch ein kleiner Nebenverdienst herauskommt.

Nicht minder wichtig wie die Beseitigung der festen oder trockenen Abfälle ist die der flüssigen, der Abwässer. Sie müssen rasch aus den Städten geleitet, ein Eindringen in den Boden muß verhütet werden. Was Straßenreinigung und Müllabfuhr für die festen Abfälle, sind die Kanäle für die flüssigen. In Modellen finden wir die verschiedenen Kanalsysteme und ihre Einrichtungen, wie Abflusshieber, Fluszkammern usw. eingehend dargestellt. Es sind gewaltige und kostspielige Bauwerke, die in der Erde liegen. Zu weiten unterirdischen Gängen sind die Sammelkanäle geworden, zu riesigen unterirdischen Gängen haben sich die Hauptflüsse ausgeweitet, um auch bei Sturzregen die Wassermassen aufnehmen zu können. Die verschiedenen Kanalsysteme weichen in Einzelheiten wesentlich voneinander ab; doch unterscheidet man zwei verschiedene Hauptsysteme, die Kanalsysteme und die Trennwasser-Kanalsysteme. Erstere nehmen Abfall- und Regenwasser auf, letztere haben für Regenwasser besondere Schloten. Es wird dadurch ermöglicht, die Kanäle für das stinkende und schmutzige Abwasser enger zu bauen, wodurch ein schnellerer Abfließen erreicht wird. Doch sucht man bei den Kanalsystemen für Regenwasser dadurch das gleiche zu erzielen, daß man den unteren Teil der Abfallrohre ganz fest hält oder eine besondere Rinne für die Schmutzwasser vorführt, in der sie dann ebenfalls schneller abfließen können und dadurch auch selbstreinigend auf die Schloten wirken.

Außerdem wurde eine zweite Resolution eingebracht, in der unter anderem gesagt wird, daß die Versammlung die Resolution der Gewerkschaften nicht anerkennen kann, da die Gewerkschaften zu keiner gerechten Würdigung der Berliner Vorarbeiten gekommen sei, indem sie sogar das Tarifamt als verächtlich bezeichnet, womit dem Vertrauensmännereinstellung der stärkste Schlag verfehlt worden sei; ferner, daß die Vertretung der Arbeitgeber bei Ullstein und Woffe geeignet sei, das Solidaritätsgefühl zu untergraben, daß die Vertretung des Umfanges, das Mitglieder sich an den Gewerkschaftslogen wandern, einen Eingriff in das Recht ihres Angehörigen, sich an unbefangene Richter zu wenden, bedeute; daß die Vertretung der Parteipresse zu der Erklärung zwingt, daß der „Vorwärts“ zu dem Konflikt in vollständig objektiver Weise Stellung genommen, und auf die Anknüpfungen des „Korrespondent“ in vornehmer und zurückhaltender Form geantwortet habe. Außerdem wird in der Resolution verlangt, daß den Mitgliedern, gegen die eventuell mit den schriftlichen Tatsachen Mitteln vorgegangen werden soll, unter allen Umständen das Recht gesichert werde, im „Korrespondent“ sich zu verteidigen, und schließlich wird erklärt, daß die Generalversammlung von den beiden Vertretern des Berliner Gewerkschaftsbundes hätte, daß sie auf der Konferenz energischen Protest eingelegt und erklärt haben würden, daß sie die dort gefasste Resolution unter keinen Umständen vor den Berliner Kollegen vertreten könnten, und alles aufhören würden, um den deutschen Kollegen ein objektives Bild von den Vorarbeiten zu geben.

Diese Resolution wurde nach einer sehr lebhaften Debatte, die bis gegen Mitternacht dauerte, mit großer Mehrheit angenommen. In der Diskussion hatten sich alle Redner bis auf einen gegen die Stellungnahme der Gewerkschaften ausgesprochen. In den Vorkämpfen bei Scherl wurde noch bemerkt, daß die Firma wohl die Zahl ihrer Rotationsmaschinenmeister wieder auf 38 komplettiert, aber die acht bei der Beendigung des Komplexes ausgeschlossenen Maschinenmeister auch jetzt noch nicht wieder eingestellt, sondern hat ihrer Leute von auswärtig herangezogen habe.

Eine Versammlung der Leipziger Buchbindergehilfen erklärte Freitag Abend sich mit den Beschlüssen der Gewerkschaften nicht einverstanden. Die Versammlung steht in den Beschlüssen einen Bruch mit den bisherigen Gepflogenheiten zur Interessenvertretung der Gehilfenschaft.

Ein Unternehmer-Rotzfrei gegen Unternehmer-Terrorismus.

Im Regierungsbezirk Merseburg sind bekanntlich die Eisenwerke seit 18 Wochen ausgeperrt. Alle Vermittlungsanstrengungen der Arbeiter haben die in der Sache stehenden Schlichter nicht abgelenkt. Sie können sich diesen Luxus gestatten, da ihnen Streikbrecher in den Mitgliedern eines gelben „Polizeivereins“ zur Verfügung stehen. Die Kleinmeister in der Provinz sind nicht so allmächtig daran, da sie für Vorkasse keine ständige Verwendung haben. Wie sehr die Kleinmeister in die Patsche geraten sind, beweist ein Schreiben eines dieser Herren an seine Kollegen, das ein günstiger Wind der Leitung der ausgeperrten Arbeiter auf den Tisch geweht hat. Dieses Schreiben lautet (unter Weglassung von Ort und Namen, da mir keine Urache haben, den Mann der Mache der Schlichter auszusondern):

Sehr geehrter Herr Kollege!

Ich unterhöre die Weile hat mich der Arbeitgeberverband, resp. die Leitung desselben, in meinem Erwerbsleben behindert. Alle Bemühungen, meinen Betrieb auch nur einigermaßen aufrecht erhalten zu können, sind durchaus nicht unterflügt worden.

In Bezug auf Vermittlung von Arbeitnehmern habe ich von der Leitung Hinweise erhalten, die wie Hobn anmuten.

Anderer Herren Kollegen, die sich in ähnlicher Lage befinden und nothgedrungen mit den Arbeitnehmern in Verbindung getreten sind, hat die Leitung unseres Arbeitgeberverbandes mit außerordentlich hohen Strafen (Geldstrafen) bestraft. Also statt Schutz und Unterstützung gegen die Arbeitnehmer um, hat unsere Leitung nichts Besseres zu tun, als uns Mittelknecht noch extra zu drangsalieren.

Sehr geehrter Herr Kollege! Nach meiner unmaßgeblichen Meinung kann es Ihr Wille nicht sein, dieses System zu fördern. Unter dieser Voraussetzung gestatte ich mir, Sie Herr Kollege zum 4. Juli zu einer vertraulichen Besprechung einzuladen und zwar nach

Die Einladungen gehen nur an einen kleinen Kreis solcher Herren Kollegen, die voraussichtlich ein Interesse an der Abwehr einer solchen Behandlung und Geschäftsfälligung haben.

Hochachtungsvoll
Ihr
Steinmetzmeister.

Das Schreiben liefert zugleich einen sehr interessanten Beleg dafür, wo in wirtschaftlichen Kämpfen der wirklich gefährliche Terrorismus zu suchen ist.

Lohnbewegungen im schlesischen Holzgewerbe. In Warmbrunn haben die Arbeiter der großartig schaffenden Holzfabrik Forderungen auf Lohnerhöhung und Verkürzung der Arbeitszeit gestellt. Verhandlungen, die bisher geführt wurden, haben noch kein befriedigendes Resultat ergeben.

In Siegen wird die Ausperrung der Bauhilfen aus einigen Betrieben noch erwartet. Derzeit sind noch sieben Ortschaften in ferngehalten.

In Hirschberg ist mit den Arbeitgebern ein Tarifvertrag auf vier Jahre abgeschlossen worden. In dieser Zeit wird die Arbeitszeit von 58 auf 56 Stunden herabgesetzt. Der Lohn steigt sich um 5 Pfg., der Durchschnittslohn erhöht sich von 35 auf 40 Pfg. Unter anderem ist auch etwa ein Anhaltspunkt für Bararbeit vereinbart worden.

Ergebnislose Verhandlungen mit der Schiffbauerschaft in Danzig. Seit 18 Wochen stehen nun schon etwa 1500 Streikende und Ausgeperrte im Kampf; nicht ein einziger Streikbrecher hat sich bisher gefunden. Der Kampf muß noch fortgesetzt werden, da in dieser Woche hunderttausende Verhandlungen ergebnislos waren. Herr Prof. Schäfer, ein in den Kreisen der Danziger Bürgerchaft hochangesehener Mann, hatte sich um Vermittlung an den Oberbürgermeister gewandt, um den Streit zur Beendigung zu bringen. Darauf haben unter Vorsitz des Oberbürgermeisters und Hinzuziehung von sieben Streikenden Verhandlungen stattgefunden. Der Direktor der Werft, Herr Carlsson erklärte, grundsätzlich weder Lohnbewegungen noch Verkürzungen der Arbeitszeit bewilligen zu können. Die Streitleitung beschloß darauf, den Streikenden die Fortsetzung des Kampfes zu empfehlen. Ein anderer Beschluß war auch unmöglich, da die Exhilaration in den Arbeiterkreisen darüber, daß der stiefische Millionär keine 30 Pfennig Stundenlohn bezahlen will, so stark war, daß ohne jedes Zugeständnis es zu einer Einigung nicht kommen kann.

Kämpfe, Kämpfe und Inhabitanten! Die stiefische Werft beschäftigt die Arbeiter, daß der Staat der Arbeiter und Inhabitanten und deren Mitarbeiter in Kiel beendet ist. Dies wird nicht zu. Der Kampf von Arbeiter, Inhabitanten und Mitarbeiter ist noch wie vor von Kiel auf stiefische Inhabitanten.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Vermittlungsbüro Kiel

Mitglieder in Schiffs. Die Leipziger Buchbindergehilfen haben am 12. Juli eine Versammlung abgehalten, bei der beschlossen wurde, die Zahl der Mitglieder auf 11 hundert zu erhöhen. Im ersten Jahre der Mitgliedschaft 2 Tage und nach einem weiteren Jahre Beschäftigung eine Woche Ferien. Über den ersten

Punkt eine Einigung zu erzielen, war in wiederholten Verhandlungen mit dem Innungsvorstand nicht möglich; die Herren wollten nur den Verzeiraten und den Gesellen über 24 Jahre Kost und Logis aus dem Hause gewähren. So mußten die Verhandlungen scheitern und am 7. Juli beschloß eine öffentliche Gesellenversammlung mit 588 gegen 49 Stimmen die sofortige Arbeitsniederlegung.

Bis zur Versammlung hatten 24 Bädermeister, die zusammen 39 Gesellen beschäftigen, die Forderungen bewilligt, während 590 Gesellen im Streik stehen. 200 Gesellen arbeiten in den drei Konsumbädereien und in Brotfabriken zu besseren als den von den Kleinmeistern geforderten Bedingungen.

Lithographen und Steinbrucker! Die Firma Schäfer u. Kiehl in Schöneberg bei Leipzig sucht Ersatzkräfte für ihr Personal, das den Betrieb verlassen hat, aus weit entfernten Gegenden heranzuziehen. Die Differenz ist aber nicht belegen.

In Gera scheiterten die Verhandlungen an dem geringen Entgegenkommen der Unternehmer, so daß der Ausstand begonnen hat.

Wir warnen alle Lithographen und Steinbrucker vor Stellungnahme in den gesperrten Firmen.

Massenausperrung in den handwerklichen Säubern. Das Unternehmertum in Schweden und Norwegen geht anscheinend mit dem Plane um, durch gemeinsame Aktionen die Gewerkschaften niederzuringeln. Von Christiania wird berichtet, daß die seit Wochen angeordnete Ausperrung in der Metall- und Bergindustrie bereits erfolgt ist. 47.000 Arbeiter sollen ausgeperrt sein, denen am 15. Juli weitere 16.000 Arbeiter folgen sollen. Vergleichsverhandlungen sind zwar eingeleitet, doch erscheint ihr Erfolg sehr zweifelhaft.

Aus Stockholm wird gemeldet, daß die Arbeitgeber Schwedens am Montag 40.000 Bauarbeiter ausperrten wollen; die Vergleichsverhandlungen sind demnächst geschlossen.

Ausstand im Pariser Baugewerbe. Der Ausstand im Pariser Baugewerbe ist beschlossen worden, da die Bauunternehmer sich weigerten, den Reumtendenten und die Ausschaltung der Mittelsmänner zu bewilligen. In einer von Tausenden besuchten Versammlung der Arbeiter aller Baugewerbe wiederholten alle Redner unter einmütigem Beifall den Leitsatz: „Für die Fische, für die Gelben, für die Arbeitgeber, für die Verdärter, keine Gnade! Wir schwören, sie mittellos niederzufahren!“

Schlesien, Posen und Nachbargebiete.

Schweidnitz, 10. Juli. Am Freitag früh wurde in dem innerhalb des Ausstellungsgeländes liegenden Generalkleiche die Leiche einer circa 50 Jahre alten Frauensperson entdeckt. Aller Wahrscheinlichkeit nach hat die Lebensmüde in selbstmörderischer Absicht unter der Schutze der Dunkelheit den Brettergänger der Ausstellung überfallen und sich dann, ohne bemerkt zu werden, in den ziemlich tiefen Teich gestürzt. Der Kleiche nach zu urteilen, gehörte die tote dem arbeitenden Stande an. Die Leiche wurde in die Leichenhalle am Burgplan geschafft.

Siegen, 10. Juli. Der Vortagskursus des Genossen Dr. Duncker erreichte am Donnerstag Abend seinen Abschluß. Genosse Duncker führte an diesem Abend seinen Zuhörern in lebendiger, packender Weise vor Augen, auf welche Maßnahmen gestützt die Eroberung des Klassenstaates durch das Proletariat sich vollziehen wird und muß. Als Grundriss dieser Maßnahmen bezeichnete er die Hebung des Proletariats, die wirtschaftliche Unentbehrlichkeit des Proletariats, Klassenbewußtsein und Erkenntnis des wissenschaftlichen Sozialismus, sowie Organisation und Disziplin. In dieser prägnanter Weise wandte er sich auch gegen die Illusion des automatischen Einmüchtens in den Zukunftsstaat durch wirtschaftliche Aushebung des Kapitalismus bzw. gegen das Wahntum des rein parlamentarischen Einmüchtens in dieses unter Endziel. Er ermahnte mit dem Dringenden Bann die Arbeiter, das Ausmaß des Gehirns weiter auszubauen und in die Klassen hinauszutreten und dadurch ein Stück Kulturarbeit leisten. Nach einigen Schlußworten des Wahlvereinsvorsitzenden, Genossen Pöcher, der ebenfalls ermahnte, das Gehirne in praktischer Tätigkeit speziell bei den kommenden Wahltagsarbeiten seine Kräfte zeigen zu lassen, empfahl Genosse Duncker dringend die Einrichtung von Diskussionskreisen, bestehend aus Teilnehmern seines Kursums. Nachdem in kurzen Strichen die Aufgaben eines solchen Kreises skizziert, erklärten sofort mehr als 30 Genossen ihre Beteiligung an einer solchen Einrichtung. Das Nähere darüber wird zu gegebener Zeit bekannt gegeben werden.

Greifswald, 10. Juli. Volksversammlung. Leider hat es sich gezeigt, daß die Zeit zur Vorbereitung unserer Volksversammlung am vorigen Sonntag nicht ausreichend gemein ist, jedoch der Zustand der Bevölkerung aus der Umgegend fast vollständig fehlte. Immerhin hatten sich ungefähr 80 Personen eingefunden, die mit gewohnter Aufmerksamkeit den Ausführungen des Genossen Darr aus Breslau lauschten, der ein anschauliches Bild davon gab, wie die Junker mit Habsdebrand an der Spitze das Landvolk auszuwüchtern wissen. Die Ausführungen wurden mit lebhaftem Beifall entgegengenommen. Wenn diesmal die in der Versammlung gegebene Aufklärung leider über unseren Ort nicht hinausreicht, so müssen künftige Versammlungen wieder um so sorgfältiger vorbereitet werden, um die Einwohnerschaft der unmittelbaren Dörfer heranzuziehen.

Schwabmünster, 9. Juli. Die erste Volksversammlung ist heute in unserem Dorfe abgehalten worden. Wie in so vielen Orten im Römertum des Herrn v. Habsdebrand, wurden auch wir unter freiem Himmel tagen, was bei hürmlichen Wetter nicht sehr angenehm war. Wir haben hier einige schöne Säle, vorläufig sind sie aber verschlossen, weil die Stützen der Gesellschaft es zu verhindern wissen, daß die roten Brüder einen Saal bekommen. Aber es ging auch so, und wenn man bedenkt, daß aller Anfang schwer ist, so ist die Versammlung ein recht schöner Erfolg, mit dem wir wohl zufrieden sein können. Mehr als hundert Männer und Frauen, junge und alte, hatten sich von nah und fern eingefunden, die dem Vortage des Genossen Reutich aus Breslau über die Not des Volkes, seine Bedrückung durch direkte und indirekte Steuern und seine Rechtslosigkeit mit großer Aufmerksamkeit folgten. Besonders die Teile der Rede, die die volkshenlichen Forderungen und Laten des Reichstagsgeheimnisses v. Habsdebrand geäußert geisteten, wurden mit großem Beifall aufgenommen. Gegenwärtig sind nicht zum Wort. Die Versammlung mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie ausanerkennung, richtete Genosse Reutich noch an die Anwesenden die Aufforderung, die gegenwärtigen Blätter aus dem Hause zu halten, die Volkswacht zu lesen und der sozialdemokratischen Partei als Mitglied beizutreten. In erster Reihe sei es aber im Dorfe nötig, den Herren Bürgern zu zeigen, daß die Arbeiter eine Macht sind, die wie alle andere Gemeindeglieder beachtet werden müssen. In 2. Reihe können jetzt die Arbeiter in allen lokalen Versammlungen abhalten. Das haben sie ihrer Einigkeit zu danken. Auch in Schwabmünster wird und muß es dahin kommen, wenn die werktätigen Männer und Frauen zusammenhalten. Nun, der Anfang ist gemacht. Es soll uns keine Mühe zu groß sein, um unser Ziel zu erreichen. Daß die Arbeiterkraft am Ort und Opfer bringen will, bedarf die Sammlung für den Kampf, die mehr als je. Man einbrachte. Bis zur Lage der Wahl haben wir noch sechs Monate Zeit; wir wollen sie so ausnützen, daß Herr v. Habsdebrand für Königreich verflucht!

Posen, 10. Juli. Ein schwerer Baunfall ereignete sich am Freitag kurz vor Feierabend auf dem Neubau des Rath- und Polizeibüros. Dort hoch ein im Innern des Hauses im dritten Stockwerk aufgestelltes Gerüst zusammen, auf dem der Kalfänger Alabert Bubitz; mit noch zwei anderen Arbeitern beschäftigt war. Alle drei Arbeiter fielen bis in das Schmelzloch. Bubitz erlitt außer einem Schädelbruch und einem Oberschenkelbruch auch schwere innere Verletzungen, so daß er nach dem Krankenhaufe gebracht werden

mußte, wo er bereits am folgenden Tage verstarb. Die beiden anderen erlitten glücklicherweise nur weniger schwere Verletzungen und wurden nach ihren Wohnungen gebracht. Der Verstarbene war verheiratet und Vater von acht Kindern. Ein hiesiger Arzt will wissen, daß der Unfall dadurch entstanden sei, daß der Kalfänger seine Last zu heftig auf den Boden aufgesetzt habe; es deutet damit an, daß der Unfall gewissermaßen selbst verschuldet ist. Eine Robheit und Gemeinheit, die nur niedriger Gehalt zu werden braucht. Denn was ist das für ein Baugerüst, auf dem eine Last nicht einmal „heftig aufgesetzt“ werden kann.

Posen, 10. Juli. Eine Tuberkuloseausstellung wird in der Zeit vom 18. bis 24. Juli von der städtischen Fürsorgestelle für Lungentrante veranstaltet werden. Die Ausstellung findet statt in der Turnhalle der städtischen Mittelschule 4 (Eingang Hardenbergstraße); sie ist geeignet, in weitestem Maße Aufklärung über diese fressende Volkskrankheit zu verbreiten, um so mehr, als mehrere Ärzte es übernommen haben, alltäglich zu einer bestimmten Zeit die Besucher unter eingehenden Erläuterungen durch die Ausstellung zu führen. Der Besuch dieser Ausstellung ist für jedermann frei und auch unjeren Lesern sowie der gesamten Arbeiterchaft dringend zu empfehlen.

Schneidemühl, 10. Juli. Zur Typhuslatastrophe in Schneidemühl. Nach den amtlichen Mitteilungen sind von den an Typhus erkrankten Personen vorgezogen zwei und gestorben drei gestorben. Die Zahl der Typhuserkrankungen ist auf 255, die der Todesfälle auf 14 gestiegen.

Gohensalza, 10. Juni. Verurteilter Wunderdoktor. Wegen Betruges zu einer Woche Gefängnis verurteilt wurde der frühere Privatlehrer Georg Ritter. Er fungierte seit längerer Zeit als Wunderdoktor und ließ sich ein angebliches Mittel gegen Magenkrankheit, dessen Wert nicht mehr als 5.50 Mk. betrug, mit 43 Mk. bezahlen.

Aus Oberschlesien.

Wer war Kupka?

Man schreibt uns:
Der Mordfall ist gefallen, das Urteil ist gefällt! Die Sittenkorruption in Jarze ist wieder einmal besiegt. Was wird nun in nächster Zeit das sensationellste ober-schlesische Drama für ein Drama interessieren?

Vor einigen Tagen entrollte sich im Schwurgerichtssaal Gleiwitz vor unseren Augen das Schreckensbild einer Tat, welche vom König Alkohol und Genossen erwartete Seelen. Also lieber zwei Menschen zum Opfer! Leider, man will nicht wissen und glauben, daß dem Alkohol mehr Menschenleben, ganze Familien zum Opfer fallen, als Kriege und Epidemien zusammengenommen.

Was hat denn eigentlich Kupka und dessen Frau auf die Anklagebank des Schwurgerichts zu Gleiwitz gebracht? War denn Kupka schon vor Jahren ein Trinker und Mörder? Nein! Kupka war früher ein sogenannter „mäßiger Trinker“, aber gerade hier im Lande sind die Trinksitten zur „Welle“ für das Volk ausgeartet, und Kupka gehobte sich an mehr. Er veranlaßte durch den Besuch seiner Kruppe, die keine Herbe des „deutschen“ Kulturvolkes sind! Er verlor durch den steten Genuß der alkoholischen Getränke Charakter und Geld. Das Genießen der Postpalete kam ins Stocken, er verlor die Kundenschaft. Nun rühte er weiter! Der Geldmangel wird ein immer größerer. Er weiß sich keinen Rat! Seine Frau muß durch „Prostitution“ dem Manne das Geld verdienen. Der Mann braucht das Geld, jedoch nur um weiter zu trinken! Nachdem der Schneider K. sich lustig ins wirtschaftliche Glend hineingetrunkem, will er sich nun aus dem Glend wieder heraus-trinken. Er trinkt nun, um sich zu betäuben, um die Gedanken an die tröstliche Zukunft zu verdrängen. Er hat in der Kruppe einmal gehört, daß der Wrensch nur ein Mal auf der Welt lebt, daß es gar zu dumm wäre, sich selber die „Schmauge“ zu verbinden, und K. trinkt. Er kommt heim, er schläft keine „allmögliche“ Vergiftung aus. Am nächsten Tage kommt die Erlage zu ihm und fällt Kupka's Not zum Opfer. Kupka nun ein Mörder!

Und Jarze, wieder um einen Sensationsmord reicher, sieht vor dem Verhandlungssaal des Schwurgerichts Szenen wahrenschlicher Art auf, um sich den Untergang eines im Strome der im Lande herrschenden Sittenkorruption berunglückten Schneiders anzusehen.

Das Urteil gegen Kupka war für viele wieder eine Legende zum Trinken. Wo anders als in der Justizhöle ließ sich so „schön“ vom dem Falle erzählen. Und ganz Oberschlesien trinkt weiter. So wird auch weiter geprügelt, weiter gemordet und weiter geldigt werden, bis eine bessere Weltanschauung ihren Einfluß in den Köpfen von Zehntausenden halten und auch das Alkoholaster austreiben wird.

Reutich O., 10. Juli. Folgen schwerer Uebermut. Im verflochtenen Connabend war der 13jährige Schulknabe Binzel, Sohn des Brammestraße 6 wohnenden Remontarbeitsers Binzel, auf einem Baume an der Jäger Chaussee mit dem Rücken von Lindenblättern beschäftigt. Auf dem fast äußersten Wipfel rauchte der Bürche seine Zigarette und erging sich in allerhand dreifachen Kunststücken, wobei plötzlich ein Ast abbrach und der Knabe abstürzte. Das Blut des Verletzten strömte von der Straße bis in den Graben. Er soll einen doppelten Schädelbruch erlitten und nach am selben Abend verstorben sein. Tags vorher hatte sich derselbe Knabe bei der hier gestierenden Fischerischen Menagerie durch Redereien unnütz gemacht, wobei er einer Bestie zu nahe gekommen und durch einen Zagenichlag ziemlich verletzt worden sein soll.

Rhynow, 10. Juli. Blinde Passagiere. Ein seltenes Blüchlein für ihr Heim hat sich ein Schwabenpaar auf dem hiesigen Bahnhof ausgelacht. Es hat nämlich ein Nest unter dem Tische der Plattform eines Personenwagens besetzt und leistet sich das Vergnügen, täglich die Fahrt nach Rnurow und zurück zu machen, ohne daß es sich irgendwie hören läßt. Das erste Brutgeschäft hat das Pärchen ungestört erledigt, die Kleinen sind flügge geworden und nun wird die Reise der Alten fortgesetzt.

Antonienhütte, 10. Juli. Verhafteter Mörder. Der schon seit mehreren Monaten vergeblich gesuchte Gruben-schmied Gatzl aus Ruffisch-Polen, der hier im vorigen Jahre seine Brant mit einer eisernen Stange vorzüglich erschlagen haben soll, ist jetzt durch den Polizeiwächtermeister Schülle in Ruffischmühl festgenommen worden. Auf die Ergreifung des Mörders hatte der Regierungspräsident seinerzeit eine Belohnung von 500 Mark ausgelegt.

Jarze, 10. Juli. Zur Mordsache in Paulsdorf. Die Arbeiter Bilch und Hebnors, welche an der Schlägerei in Paulsdorf beteiligt waren, bei welcher der Barbier Lindner erschlagen wurde, sind vorerstern hier festgenommen worden.

Königsbütte, 10. Juli. Schwere Grubenunfall. Am Freitag nachmittag, kurz vor der Schicht, verunglückte auf dem Bismarckschacht der 19jährige Schläger Zucharsky. Sebanstraße 12, in schwerer Weise. Er wurde unter Lage von der neuangelegten elektrischen Maschine erfasst und getötet und konnte erst durch Leben der Maschine aus ihr befreit werden. Er erlitt am Kopf und Gesicht Verletzungen, außerdem wurde ihm ein Bein gezwungen, während ihm das andere wahrscheinlich wird amputiert werden müssen. Der Verletzte wurde im Krankenhauslazarett eingeliefert.

1206 ist die Fernsprechnummer für Verlag und Expedition unserer Zeitung.
3141 ist die Fernsprechnummer für die Redaktionen.